

KoFra 127

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Juli/August 2008
26. Jg.
ISSN 0949-0000
ISSN 1862-5568

Die Zeit und Zukunft von Feminismus

- Die Zeit und Zukunft von Feminismus.
Zwischen Verona-Maxime und Gender-Kompetenz (*Sabine Hark*)
- Luise F. Pusch: Mutter Schimanskis Sohn
- Medica Mondiale-Projekt in Afghanistan bedroht
- Frauensolidarität: Kein Leiberl für China
- Vandana Shiva: „Globalisierung macht lokale Produktion kaputt“
- Ericsson muss Gehälter von Frauen anpassen
- Geschlechterdiskriminierung im Sport
- „Leise Väter-Revolution“ mit Elterngeld?
- Kommentar zur Beibehaltung des Inzestparagraphen
- LSVD fordert Stellungnahme von ZDF gegen Bushido
- Erster Equal Pay-Day in Deutschland,
- Entschädigung für belästigte Lehrmädchen
- Armutsbericht: hohes Armutsrisiko für Alleinerziehende
- „Frauen und Kriege in Afrika“
- „Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus“
- Weiter geht's! Feminismus für die neue Zeit.
- Frauen entwickeln eine neue Sterbekultur
- Dissoziation und Geschlecht

Inhalt:

Schwerpunkt: **3**
Die Zeit und Zukunft von Feminismus. Zwischen Verona-Maxime und Gender-Kompetenz (Sabine Hark)

Glosse von Luise F. Pusch: Mutter Schimanskis Sohn **10**

Resolutionen/Aktionen/Netzwerke **11**

Internetradio gegen sexuellen Missbrauch. Prävention per Podcast, Petition an den Deutschen Bundestag: Verjährungsfrist für sexuellen Missbrauch im Zivilrecht aufheben, Kommentar zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zur Beibehaltung des §173 StGB, LSVD fordert Stellungnahme vom ZDF gegen Bushido, Frauensolidarität: Kein Leiberl für China, Medica Mondiale-Projekt in Afghanistan bedroht, Netzwerk Friedensforscherinnen geht online, Mehr Gerechtigkeit für Frauen nach der Scheidung, Die Bilanz der Agenda 2010 ist verheerend, Regierung täuscht mit untauglichen Daten zum Armuts-Bericht

Themen **16**

Briten planen strengere Maßnahmen gegen Online-Kinderpornografie, Entschädigung für belästigte Lehrmädchen, Vandana Shiva: Globalisierung macht lokale Produktion kaputt", Brasilien: Papierproduktion oder Essen für Hungernde

Nachrichten **21**

Verena Stefan zu „neuer Frauenbewegung“, Ericsson muss Gehälter von Frauen anpassen, Erster Equal Pay-Day in Deutschland, "Mindestens einer der EU Topjobs an eine Frau!", Helpchat hilft Frauen und Mädchen, Knapp die Hälfte aller Leistungsbezieher nicht als arbeitslos registriert, Aachener Friedenspreis für MACHSOM Watch, Bericht der EU-Kommission zur Gleichstellung, Geschlechterdiskriminierung im Sport, „Leise Väter-Revolution“ mit Elterngeld? Armuts- und Reichtumsbericht: hohes Armutsrisiko für Alleinerziehende

Literatur **26**

"Frauen und Kriege in Afrika" von Rita Schäfer, „Million Dollar Mama“ von Franziska Kelly, Max Herfert (Hrsg.), „Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus“ von Sabine Hark

Termine **28**

Weiter geht's! Feminismus für die neue Zeit. Grüner Frauenkongress 4./5.7. in Berlin, Matriarchate als politische Ordnung – Mythos oder Modell? Vom 4.7. - 6.7.08 in Kochel am See, Training für Diversity-TrainerInnen 14.-19. Juli in Berlin, „Plötzlich und erwartet. Frauen entwickeln eine neue Sterbekultur, 17.-1.10. in Gießen-Kleinlinden, Bundesweiter Kongress „Dissoziation und Geschlecht – eine Überlebensstrategie nach sexuellen Gewalterfahrungen im Geschlechterkontext“ am 14./15.11.2008 in Marburg

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@t-online.de

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

Zwischen Verona-Maxime und Gender-Kompetenz

Die Zeit und Zukunft von Feminismus

Sabine Hark

Ich möchte mit einer Momentaufnahme beginnen, die andeutet, in welchem Rahmen wir heute über die Zeit und die Zukunft von Feminismus nachdenken können – und meines Erachtens auch sollten. Es handelt sich um die Geschichte der Indonesierin Frau Hasniati (Pseudonym). Frau Hasniati wurde vor rund sechs Jahren von einer international tätigen Agentur für so genannte haushaltsnahe Dienstleistungen als Hausangestellte an einen jemenitischen Kulturattaché vermittelt. Von diesem wurde sie zunächst in Kairo, ab 2004 in Berlin in seiner Wohnung am Potsdamer Platz – und das folgende müssen wir ganz wörtlich verstehen –, zum Zwecke seiner persönlichen Versorgung und der Haushaltsführung gefangen gehalten. Aus dieser Gefangenschaft „errettete“ sie im letzten Sommer eine offene Tuberkulose. Der Diplomat lieferte sie im Krankenhaus ein, dem Personal fiel der unterernährte Zustand der Patientin auf. Dies und die Tatsache, dass der Diplomat vor Ende der Behandlung beständig ihre Entlassung verlangte, machte das Personal misstrauisch. Die Sozialarbeiterin des Krankenhauses wandte sich daraufhin an das Berliner feministische Projekt gegen Menschenhandel, *Ban Ying*. Inzwischen lebt Frau Hasniati in einer Zufluchtswohnung von *Ban Ying* und die jemenitische Botschaft willigte nach zähen Verhandlungen ein, wenigstens den zwischen Auswärtigem Amt und diplomatischem Corps ausgehandelten Mindestlohn für in diplomatischen Haushalten beschäftigte Hausangestellte von € 750,- im Monat für 2,5 Jahre nachzuzahlen.

In der Geschichte von Frau Hasniati verdichtet sich, was meines Erachtens die Herausforderungen für einen transnational orientierten und notwendig intersektional denkenden Feminismus sind – womit be-

reits die Richtung meiner Argumentation heute abend angedeutet ist. Ohne Frau Hasniati erneut symbolische Gewalt antun zu wollen, indem ich sie zu einer Ikone mache, ist sie dennoch eine paradigmatische Figur, von der feministisches Denken und Handeln heute ausgehen sollte. Sie ist eine Gegenfigur zu der insbesondere im vergangenen Jahr prominent nach vorne gerückten Figur der erfolgreichen, aufstiegs- und karriereorientierten *self-made woman*; jene Figur, die auch im Zentrum der neuen Elite-Feminismen steht und die von diesen als Gegenbild zu einer vorgeblich vom Feminismus zelebrierten Opfer-Figur inthronisiert wird. Wobei Frau Hasniati nicht Opfer ist, allerdings wurde sie sehr wohl Opfer von Gewalt – und es muss eine politische und moralische Sprache geben, dies zu artikulieren.

Nicht nur ist sie also gleichsam eine Antipode zu den derzeit auch im Visier staatlicher Gleichstellungspolitik stehenden »Alpha-Mädchen«, deren *work-life-Bilanz*, vor allem aber ihre Nettoreproduktionsrate, aus bevölkerungspolitischen Gründen besser werden muss; Frau Hasniati steht exemplarisch für jene Millionen von Frauen weltweit, deren womöglich einzige beziehungsweise einzig noch verwertbare Ressource zur Sicherung ihrer eigenen Existenz sowie die ihrer Familien Mobilität ist. Die feministische Sozialforschung spricht hier bekanntermaßen von der *global care chain*, der globalen Versorgungskette; eine Kette, die tendenziell den ganzen Globus umspannt: Frauen verlassen ihre Heimat und ihre Familien, um in den Industrieländern des Westens und den boomenden Zonen Asiens Haus- und Versorgungstätigkeiten zu übernehmen. Viele reisen in so genannter Pendelmigration mit Touristenvisa regelmäßig ein und wieder aus, junge Frauen kommen als Au-pairs und tauchen danach ab und manche

Frauen reisen über die „grüne Grenze“ ein. Allen gemeinsam ist, dass sie nicht über eine Arbeitsgenehmigung, meist nicht einmal eine Aufenthaltsgenehmigung verfügen. Ihre Arbeitsverhältnisse sind genauso undokumentiert und ungeschützt wie ihr gesamtes Leben in den Gesellschaften des Westens.

Frau Hasniati ist eine paradigmatische Figur auch insofern, als im alten Europa wie in den USA und auf den Zukunftsmärkten Asiens der strukturelle Ausschluss von Frauen aus Bildung und Erwerbstätigkeit tendenziell überwunden scheint – ungeachtet der nach wie vor erheblichen Diskrepanzen etwa hinsichtlich geschlechtssegregierender Spaltungen des Arbeitsmarktes und dem nach wie vor intakten Einkommensgefälle zwischen Frauen und Männern –, wir weltweit jedoch vor ganz anderen Herausforderungen stehen, denen Frauen (und Männer) ausgesetzt sind. Denn gleichwohl auch Frauen wie Frau Hasniati noch als zwar nachgeordnete, aber doch Profiteurinnen der Globalisierung ausgegeben werden, so gilt es eben vermehrt daran zu erinnern, dass – um ein Wort von Horkheimer zu paraphrasieren – von Freiheit nur sprechen sollte, wer auch bereit ist, von Herrschaft und gewaltförmigen Verhältnissen zu sprechen.

Von dieser Figur ausgehend, können wir also erschließen, wie gesellschaftliche Reproduktion – und das umfasst eben produktive wie die so genannt reproduktive Arbeit – im globalen Maßstab mit der Reorganisation von Geschlechterverhältnissen zusammenhängt, in welcher Weise etwa der Auf- und Einstieg der Frauen im Westen in die herrschenden Klassen mit der Intensivierung vergeschlechtlichter internationaler Arbeitsteilung zusammenhängt; wir können sehen, dass die großen Fragen im Verhältnis des Nordens zum globalen Süden auch mit Gender verknüpft sind beziehungsweise Gender eines der Mittel und Arenen ist, über die Globalisierung organisiert wird.

2. Doch zunächst zur gesellschaftlichen Konstellation, in der wir derzeit über Feminismus und dessen Zukunft sprechen. Diskursiv ist diese Konstellation gegenwärtig einerseits bestimmt von einem Phänomen, das im englischsprachigen Raum seit Langem unter dem Namen *False Feminist Death Syndrome* bekannt ist, nämlich Fe-

minismus als überholtes, erbärmliches Auslaufmodell der Geschichte darzustellen, um die Gerechtigkeitsanliegen von Frauen abzuwehren – und dies hierzulande ironischerweise verstärkt, seit gerade christdemokratische Politikerinnen sich daran gemacht haben, bundesdeutsche Geschlechterarrangements auch institutionell zu modernisieren. Flankiert werden jene offen antifeministischen und oft ebenso misogynen wie homophoben Tiraden von subkutan wirkenden Versuchen, den nicht nur gefühlten Erosionen im Geschlechterverhältnis – die nicht zuletzt indizieren, wie nachhaltig feministische Bewegungen in die Geschlechterordnungen und patriarchalen Tiefenstrukturen unserer Gesellschaften eingegriffen haben –, durch den Griff in das Arsenal des biologisch fundierten Determinismus Herr zu werden. Während hier wohl aus Gründen politischer Opportunität offensive Infragestellungen von Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung zwar vermieden werden, wird zugleich die Unhintergebarkeit von wie auch immer »natürlichen« Geschlechterdifferenzen hervorgehoben.

Allerdings verzichten auch diese biologisierenden Argumentationen, mit dem Hinweis, dass Feminismus hinsichtlich der Veränderbarkeit von Geschlechtsidentitäten irrt, nicht darauf, diesen in seine historischen Schranken zu weisen.

Gilt einerseits also die Verona-Maxime, dass am Besten fährt, wer sich von Feminismus distanziert (im Fernsehduell mit Alice Schwarzer hatte Verona Feldbusch gesagt: »Ich habe nichts gegen Männer.«), so eilen sich andererseits heute nicht wenige, Feminismus zu reklamieren. Und hier setzt sich der Chor durchaus überraschend zusammen: Neben Familienministerin Ursula von der Leyen, die »konservativen Feminismus« einen spannenden Begriff findet, sinniert F-Klässlerin Thea Dorn über einen neoliberal angehauchten »bürgerlichen Feminismus«, die FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin verfasst unter dem old school-feministischen Titel *Schwestern* (2007) eine »Streitschrift für einen neuen Feminismus« und die selbst-ernannten Alpha-Mädchen Meredith Haaf, Susanne Klingner und Barbara Streidl erklären unter dem nämlichen Titel

Alpha-Mädchen (2008), warum Feminismus das Leben schöner mache.

Die Bestrebungen, Feminismus neu zu definieren, ebenso wie die heterogenen Abwehrbewegungen und Verabschiedungsgesten sind indes vor allem emblematisch zu verstehen. Zum einen sind sie als Zeichen für die gegenwärtigen Bestrebungen zu lesen, Feminismus in einer bestimmten Gestalt und Orientierung in der Geschichte zu entsorgen, zum anderen indizieren sie, wie nachhaltig feministische Bewegungen in die Geschlechterordnung und die patriarchalen Tiefenstrukturen unserer Gesellschaften eingegriffen und Geschlechterverhältnisse verändert haben.

Nun ist die Rede vom Ende, vom Tod des Feminismus so alt wie dieser selbst. Für kaum ein anderes Thema stellten seit rund zwei Jahrhunderten die Gazetten immer wieder so bereitwillig Raum zur Verfügung wie für die Ankündigung, dass »das unziemliche Gezeter der Suffragetten und Blaustrümpfe oder das Zeitalter der Frauenrechtelei und ›Emanzen‹ nun endlich überwunden sei«, so Ute Gerhard in ihrem Buch zur Geschichte der Frauenbewegungen, *Atempause* (1999). Bereits den Kampf der Suffragetten für das Wahlrecht, schreibt auch Joan Smith im britischen *INDEPENDENT*, kommentierte die viktorianische Presse als Kampf einer »Herde hysterischer und irrationaler *she-revolutionaries*«. Auch die neue feministische Bewegung seit den späten 1960er Jahren wurde schon oft für tot erklärt, ohne doch je zu verschwinden. So veröffentlichte das Magazin *Harper's* in den USA bereits 1976 ein Requiem für die US-amerikanische Frauenbewegung, die *New York Times* versicherte ihre LeserInnenschaft im Jahr 1980, die »radikalen Tage des Feminismus« seien vorbei, *Newsweek* verkündete 1990 das »historische Versagen des Feminismus« und das Magazin *TIME* erklärte 1998 in einer Titelgeschichte den Feminismus für verstorben. So weit wäre das also alles erst mal kein Grund zur Aufregung und wir könnten die antifeministischen Volten gemütlich aussitzen. Die Zeit der Bolzens, Matusseks, Hermans, Dorns und Kullmanns wird vorbei gehen. Doch wollen wir die komplizierte Gemengelage, wie Feminismus in Geschichte eingelassen ist, das

heißt als eine Kraft in der Geschichte zu verstehen ist, die Geschichte macht, also auf geschichtlich gewordene Verhältnisse einwirkt und zugleich als Teil dieser Verhältnisse begriffen werden muss, also selbst historisch gemacht ist, besser begreifen, wird das nicht reichen.

Die ambivalente Position von Feminismus, als überholt zu gelten und zugleich erfolgreich gewesen zu sein, beschreibt die britische Feministin Lynne Segal lakonisch als »passé, predictable, prosaic; yet the common sense of our age«. Und die britische feministische Kulturwissenschaftlerin Angela McRobbie argumentiert, die gegenwärtige Situation von Feminismus zeichne sich durch eine eigentümliche Koexistenz zweier sich scheinbar widersprechender Phänomene aus. Einerseits würde Feminismus als politische Bewegung von Frauen und als kritisches Erkenntnisprojekt vehement zurückgewiesen, geschmäht, ja »geradezu gehasst«. Andererseits seien die feministischen Themen und Anliegen Teil historischer Wirklichkeit, Teil des so genannt gesunden Menschenverstandes geworden. Der Preis, den Feminismus dafür entrichte, politisch und institutionell berücksichtigt zu werden, sei daher, zugleich als historisch überholt positioniert zu werden: »Damit dem Feminismus Rechnung getragen werden kann, muss er als bereits verstorben betrachtet werden«.

Dass Feminismus tatsächlich Teil historischer Realität geworden ist, Element institutioneller Vorgaben und damit politisches Handeln strukturierend, zeigt sich an einer Vielzahl von Entwicklungen und Phänomenen. Feminismus ist – politisch im Gewand von Geschlechtergerechtigkeit, inhaltlich im Gewand von Genderkompetenz – sowohl im nationalen Rahmen wie auf EU-Ebene zumindest rhetorisch Teil historischer Wirklichkeit geworden. Die »Verstaatlichung« von Frauenpolitik seit den 1980er Jahren, eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen, die die Gleichstellung der Geschlechter zum Ziel haben, eine international stetig wachsende Zahl von Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen, die mit der Durchsetzung von »Frauenrechten« befasst sind, sowie supranationale (EU) und nationale Politiken

des Gender Mainstreaming sind dafür wohl die herausragenden Beispiele. Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern gilt zudem den meisten Frauen und Männern in den Gesellschaften des Westens heute als umgesetzt respektive zum Greifen nah. Geschlechtsbezogene Benachteiligungen existieren in der Wahrnehmung von (jungen) Frauen und Männern kaum noch beziehungsweise werden als Einzelfälle und nicht als Teil eines allgemeinen Musters gewertet. Gleichheit sei als Norm heute sogar weltweit etabliert, argumentiert vor diesem Hintergrund die Soziologin Bettina Heintz.

3. Dabei sind diesem Ideal des modernen Zeitalters, der Glaube daran, dass der je erreichte Platz in der Welt einzig Ergebnis eigenen Tuns und Wollens ist, ironischerweise die Alpha-Mädchen – mit der patriarchal angemessenen historischen Verzögerung – derzeit am deutlichsten ausgesetzt – und zugleich propagieren sie es selbst reflexhaft. Jede einzelne Frau, glaubt jedenfalls das Alpha-Mädchen, kann zu einer positiven Bilanz in Sachen Gleichberechtigung kommen. Frank Sinatras Ode an den *self-made man*, der kompromisslos seinen Weg geht, dessen Erfolge der Kraft seiner Souveränität geschuldet sind, ist also endlich auch für Frauen nicht länger Wunsch, sondern Wirklichkeit: *I planned each charted course, each careful step along the byway. And more, much more than this, I did it my way.* In der neo-bürgerlich beschaulichen Version des selbsternannten Alpha-Mädchens aus der gleichnamigen SPIEGEL-Story im vergangenen Jahr liest sich das dann so: »Ein Alpha-Mädchen wie ich steht morgens verliebt auf, arbeitet in dem Beruf, den es sich erträumt hat, und freut sich auf ihre Kinder, die sie eines Tages bekommen wird.«

Als den Nutzen der »Alibi-Frau« hatte indes Adrienne Rich dies schon 1979 beschrieben: Einigen wenigen Frauen würde die der großen Mehrheit vorenthaltene Macht geboten, damit der Eindruck entsteht, jede wirklich qualifizierte Frau könne Zugang zu leitenden Positionen, Belohnung und Anerkennung erlangen – so als gäbe es eine tatsächlich auf Leistung beruhende Gerechtigkeit. Die Alibifrau würde zudem dazu ermutigt, sich selbst als außergewöhnlich begabt und belohnungs-

würdig zu sehen und sich von allen »gewöhnlichen« Frauen zu distanzieren.

Für die *self-made-woman* mag daher der neue Spartenfeminismus, der sich als Motivationstaktik und Bewerbungsschreiben leistungsbereiter Durchstarterinnen zugleich präsentiert, die richtige Doktrin sein. Für die gewaltförmigen Verhältnisse – und ich spreche hier nicht nur von der Tatsache, dass eine Frau über Jahre mitten in Berlin gefangen halten werden kann, die Frau Hasniati daran hindern, ein selbstbestimmtes Leben zu führen – interessieren sich die neuen Feminismen herzlich wenig, und sie haben auch für deren Veränderung wenig anzubieten. Denn der F-Klassen-Feminismus gibt sich zwar stark und kämpferisch; der Kampf indes ist ein individueller, jede Frau nimmt es mit den Widrigkeiten, die ihrer Gleichberechtigung im Wege stehen, alleine auf. Im Feminismus der F-Klasse geht es um individuell gelungene Karrieren – mit und ohne Kinder –, nicht um politische Umgestaltung von Geschlechterverhältnissen oder gar um kollektive politische Aktion.

Mit einem politischen Feminismus assoziiert zu werden, der über die Sorge um weibliche Karriereverläufe hinausgeht, ebenso wie mit kritischer, an der gerechten Veränderung von Geschlechterverhältnissen orientierter Geschlechterforschung erscheint daher eher unnötig, wenn nicht gar schädlich für die eigene Karriere. Und vielleicht ist das einer, wenn nicht der Grund, weshalb der »alte« Feminismus von den Spartenfeministinnen eben als selbstmitleidige Viktimisierungspolitik diskreditiert wird. Denn dass Feminismus, gleich wie auch immer er verstanden wird – ob als Projekt der Gleichstellung oder der radikalen Transformation heteronormativ-hierarchischer Geschlechterverhältnisse, ob als Unternehmen der Dekonstruktion naturalisierter Geschlechter oder der Gewinnung weiblicher Freiheit – vor allem auf die Reklamation des Opferstatus hinauslaufen sollte, darauf muss eine erst einmal kommen. Selbstverständlich ist die Diagnose von Gerechtigkeitsdefiziten und Benachteiligungsstrukturen Kernbestand jeden feministischen Denkens und jeder feministischen Politik. Der feministische Clou besteht doch gerade darin, sowohl die Bedingungen freizulegen, die Handeln ermöglichen oder ver-

hindern, als auch politisch für die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten aller Frauen zu streiten – auch der fast schon sprichwörtlich gewordenen Antipode zum Alpha-Mädchen, die Aldi-Kassiererin oder die polnische Putzfrau.

Gelinde gesagt scheint hier also eine Verwechslung vorzuliegen; die Verwechslung von Diagnose und Zielen nämlich. Zu keinem Zeitpunkt seiner Geschichte hat Feminismus sich damit zufrieden gegeben, Frauen erneut zu objektivieren indem er sie zu ›Opfern‹ stilisierte. Im Gegenteil: Feminismus war und ist, wie gesagt, ein Projekt, dass die Erweiterung der Freiheitsgrade von Frauen, aber auch von Männern, zum Ziel hat; und nicht die Einrichtung im Zustand der Unmündigkeit.

Jene für die neuen Feminismen offenkundig stilbildende und absichtsvoll herbeigeführte Verwechslung von Diagnose und Zielen führt hingegen dazu, dass die Notwendigkeit politischer feministischer Kämpfe schlicht wegdefiniert wird – und zwar kurioserweise indem der »alte« Feminismus als schwächlich und der »neue« im Unterschied als kämpferisch präsentiert wird. Dass diese Rechnung aufgeht, das eigene Anliegen tatsächlich gestärkt wird indem man antifeministische und neoliberale Diskurskonjunkturen bedient, das kann jedoch sachte bezweifelt werden.

Um an dieser Stelle Missverständnissen vorzubeugen: Nichts ist gegen Leistungsbereitschaft einzuwenden, und gegen beruflichen Erfolg durchsetzungsstarker Frauen schon gar nichts. Selbstredend sollten Frauen all jene Türen offen stehen, durch die Männer immer schon ungehindert passieren konnten. Und erst recht sollten sie hinter diesen Türen auf allen Stühlen Platz nehmen können, gleich ob im Cockpit oder im Labor, an der Werkbank oder auf dem Lehrstuhl, im Weißen Haus oder an der Wall Street. Und ebenso selbstredend sollte gelten, dass *the pursuit of happiness*, das Streben nach Glück, auch für Frauen ein unveräußerliches Recht ist. Und wenn das ›verliebt am Morgen aufwachen und sich auf die Kinder freuen, die es eines Tages bekommen wird‹ einschließt, so sei jedem Alpha-Mädchen auch das gegönnt.

4. Angesichts der von mir hier nur angedeuteten Dynamiken und Konstellationen, die das Potential haben, Feminismus ins-

gesamt zu reartikulieren, und im Kontext einer revisionistischen beziehungsweise post- und oft auch antifeministischen Konstellation, in der Feminismus Teil der realen Gegebenheiten und zugleich geschmäht ist, in der er sowohl karikiert als auch als neo-bürgerliches Eliteprojekt reklamiert wird, scheint es indes mehr als an der Zeit, darüber hinauszugehen und zu fragen, welche Aufgabe Feminismus heute wahrnehmen kann und soll.

Denn Feminismus ist nicht nur ein Wort des Privaten; schon gar nicht ein Wort individuell zu erreichenden (beruflichen) Glücks. Feminismus ist vor allem ein Wort der Politik, insofern Feminismus sich mit Forderungen nach Umgestaltung der Geschlechterverhältnisse als Voraussetzung für das Streben nach Glück an die Polis, die politische Sphäre richtet. Wer Feminismus dagegen auf das individualisierte Streben nach Glück reduziert, ohne nach den Bedingungen zu fragen, wie welche ihr Glück machen können, und zugleich dessen politische Seite notorisch auf ein Programm der moralischen Maßregelung von F-Klässlerinnen reduziert, hat schon verkannt, dass Emanzipation bereits im Ansatz vereitelt ist, wo sie als ein solches Privatprojekt missverstanden wird.

Die Radikalität des heute ›alt‹ oder ›traditionell‹ genannten Feminismus der zweiten Welle bestand genau darin, ein Projekt der politischen Emanzipation und der privaten Befreiung, ein Projekt von Gleichheit und Freiheit zu sein. Denn das Eine ist ohne das Andere nicht zu haben: Freiheit nicht ohne Gleichheit, diese wiederum nicht ohne Gerechtigkeit, individuelle Autonomie nicht ohne gesellschaftliche Bedingungen, die Freiheit ermöglichen.

Dabei ging und geht es nicht darum, alle Frauen über einen Kamm zu scheren. Gabi Mustermann ist eine Erfindung der Bundesdruckerei, nicht der Frauenbewegung. Warum die abgestandenen antifeministischen Klischees immer wieder beleben? Längst klar ist, dass das Versprechen, Politik im Namen »der Frauen« sei machbar, ohne dass dabei Ausschlüsse produziert würden und ohne dass zudem der vermeintlich alle Frauen einschließende Feminismus letztlich doch nur eine spezifische Gruppe von Frauen meint, der Vergangenheit angehört. Denn was Feminismus letztlich immer gewusst hat, heute

aber dringlicher denn je dessen Leitlinie sein muss, ist die Einsicht, dass Geschlechterverhältnisse nicht unabhängig von anderen gesellschaftlichen Teilungsverhältnissen verstanden und verändert werden können. Denn wenn die Achsen der Ungleichheit auf welche Weise trennen und verbinden und wie diese jeweils als Konfigurationen von Macht und Herrschaft verfasst sind, das kann, an der Genus-Gruppe ›Frauen‹ allein nicht erkannt werden. Ein intersektionaler Feminismus fragt daher zum einen danach, wie Geschlechterverhältnisse, Klassenverhältnisse und Konfigurationen von Ethnizität und Rassismus in der Sozialstruktur und in der institutionellen Verfasstheit einer gegebenen Ökonomie und Gesellschaft, im nationalen wie im transnationalen Zusammenhang, verbunden sind, und zum anderen was mit diesen spezifisch verfassten, dennoch aufeinander bezogenen Verhältnissen unter den gegenwärtig zu erlebenden Bedingungen sozialer, politischer und ökonomischer Transformation geschieht.

Schauen wir uns in diesem Zusammenhang etwa die aktuelle Familien- und Geschlechterpolitik genauer an, und setzen zu diesem Zweck eine soziologische Brille auf, die intersektional geschliffen ist – wobei intersektional meint, nicht lediglich die Genusgruppen Männer und Frauen im Blick zu haben und dabei davon abzusehen, dass diese intern jeweils äußerst heterogen sind, sondern stattdessen Geschlechterpolitik und Geschlechterfragen stets in ihren Verschränkungen mit weiteren gesellschaftlichen Strukturierungen wie Staatsbürgerschaft, ethnischen Differenzierungen oder sozialen Schichtungen zu betrachten; auf eine Kurzformel gebracht spricht man hier zuweilen von »Rasse«/Klasse/Geschlecht, fallen drei verschiedene Aspekte ins Auge.

Erstens fällt auf, dass wir es heute, im Vergleich zu den 1970er Jahren, mit einer deutlich veränderten gesellschaftlichen Konstellation zu tun haben; einer Konstellation unter neoliberalen Vorzeichen, die auf dramatische Weise und im globalen Maßstab auch Geschlechterverhältnisse reorganisiert. Sie hat einen entscheidenden Einfluss darauf, welcher Ausgang aus dem aktuellen Geschlechterarrangement möglich ist. Vor diesem Hintergrund fallen nun bemerkenswerte Entwicklungen auf.

Zum einen nämlich wird just in Zeiten von massivem Arbeitsplatzabbau und zunehmender Prekarisierung ein Modell der allgemeinen Erwerbstätigkeit propagiert. De facto führt das dazu, dass Frauen hier neoliberal als Marktsubjekte emanzipiert werden, die auf sich alleine gestellt die eigene Existenz zu sichern angehalten sind. Zum anderen knüpfen sich an dieses für Deutschland neue Ideal der allgemeinen Erwerbsarbeit bloß verhaltene Ideen darüber, wie bisher Frauen zugewiesene Pflegearbeiten erledigt werden sollen – von der nachmittäglichen Kinderbetreuung einmal abgesehen. Man könnte also sagen, dass es sich hier um eine Politik handelt, welche die gesellschaftliche Frage der Reproduktion allein mit deren Kommodifizierung zu beantworten weiß und zumindest implizit als Angelegenheit betrachtet, die Frauen unter sich ausmachen (sollen). Das bedeutet zum einen, dass die Reibungsverluste zwischen flexibilisiertem Arbeitsmarkt und Betreuungs- und Bildungsanforderungen von Kindern vor allem zu Lasten jener Frauen gehen, die sich den Zukauf von Betreuungsleistungen über den Markt schlicht nicht leisten können. Zum anderen führt es zu der für feministische Kritik schwierigen Situation, dass berufliche Gleichstellungsgewinne besser gestellter Frauen nicht zu einer Umverteilung von Hausarbeit zwischen Frauen und Männern führen – veranschlagen wir hier mal den Fall der heterosexuellen Kleinfamilie –, sondern dass sie im Gegenteil zur Umverteilung von Hausarbeit zwischen Frauen führt, und zwar, wie eingangs schon ausgeführt, im globalen Maßstab. Arbeiten im Privathaushalt bleiben damit »typische« Frauenarbeiten; der Unterschied ist nur der, dass diejenigen, die es sich leisten können, sie nicht mehr selber machen, sondern polnische Pflegerinnen, peruanische Putzhilfen oder französische Au-pair-Mädchen engagieren.

Ein *zweiter* Aspekt, der in diesem Zusammenhang angesichts des aktuellen Staatsfeminismus auffällt, ist der Umstand, dass er sich weitgehend unbeeindruckt von der seit mittlerweile bald drei Dekaden immer wieder formulierten feministischen Kritik an einem einheitlichen Kollektivsubjekt »Frau« zeigt. Man könnte sogar sagen, dass er diese Kritik aktiv hintertreibt. Und zwar indem konsequent vorausgesetzt

wird, dass »Frau« mittlerweile zwar nicht mehr die heterosexuelle, nicht-erwerbstätige deutsche Mittelschichts-Hausfrau und Mutter meint, sondern die Vereinbarkeit von Karriere und Familie suchende heterosexuelle Frau und Mutter, damit aber immer noch so tut, als seien alle Frauen gleich. Das staatsfeministische Gleichstellungsprogramm reproduziert damit nicht nur ein heteronormativ gerahmtes hierarchisches Geschlechterarrangement, das Frauen und Männer als Genusgruppen mit je einheitlichen Lebenslagen und -interessen konstruiert, es verhehlt auch, dass es selbst eine Politik ist, die zu neuen gesellschaftlichen Spaltungen beiträgt. Nicht zuletzt die Frage, wer von diesem Umbau der Geschlechterverhältnisse »von oben« profitiert und wer verliert, eine Rechnung, die heute nicht mehr nur zwischen Frauen und Männern aufgemacht werden kann, kann auf diese Weise kaum noch gestellt werden.

Drittens schließlich fällt ins Auge, dass derzeit – unter Bedingungen einer stets verknappenden Ökonomie der Aufmerksamkeit – die politische Energie vor allem auf Vereinbarkeitsfragen von Familie und Beruf gelenkt wird. Andere geschlechterpolitisch relevante Konflikte werden auf diese Weise tendenziell aus dem Spektrum feministischer Politiken ausgegrenzt. Das betrifft etwa die ökonomisch und politisch induzierte Reaktualisierung von Klassen- und ethnisch beziehungsweise rassistisch definierten sozialen Trennlinien. Forciert werden damit nicht nur erhebliche Verwerfungen, Spaltungen und Hierarchien auch zwischen Frauen; erschwert wird zudem, etwa antirassistische Kämpfe ebenso wie globale Auseinandersetzungen um Verteilungsgerechtigkeit als genuin feministische Anliegen wahrzunehmen.

Es betrifft aber beispielsweise auch jene politischen Kämpfe, deren Inhalt die Anfechtung eines gewaltförmig organisierten zweigeschlechtlichen Klassifizierungssystems menschlicher Körper ist, das reguliert, welche Körper als normal und welche als abweichend und folglich korrekturbedürftig gelten, etwa die Kämpfe um die medizinische Regulierung und Pathologisierung von Intersexualität oder um die Behandlungsstandards von Transsexualität.

5. Eingedenk solcher Zusammenhänge und Herausforderungen kann Feminismus sich folglich nicht darauf beschränken, die Lebensbedingungen von Alphamädchen zu verbessern. Er muss sich vielmehr – auch kritisch gegen sich selbst gewendet – der Frage stellen, ob und welche Antworten er anzubieten hat für die gegenwärtigen, komplex ineinander verwobenen Herausforderungen einer globalisierten, homogenisierenden und zugleich segregierenden Welt, einer Welt jedenfalls, deren vordringlichstes Problem nicht die glückliche Work-Life-Balance westlicher »Unternehmerinnen ihrer selbst« ist.

Welchen Anforderungen muss er also heute Rechnung tragen? Klar sollte sein, dass das Versprechen, Politik im Namen »der Frauen« sei machbar, ohne dass dabei Ausschlüsse produziert würden und ohne dass zudem der vermeintlich alle Frauen einschließende Feminismus unterm Strich letztlich doch nur eine spezifische Gruppe von Frauen meint, der Vergangenheit angehört. In einer Welt, zu deren vordringlichsten Problemen der Zugang zu sauberem Wasser und Behausung, zu Bildung und Wissen, die Erfahrung von Krieg und Verfolgung, Missbrauch und Gewalt, von Armut und Mangel, von Überflüssigkeit und verweigerter Anerkennung, von Rechtlosigkeit und Willkür, von Sexismus, Homophobie und Rassismus in ihren vielfältigsten Manifestationen gehören, gibt es daher kein Zurück hinter die Einsprüche lesbischer und schwarzer, eingewanderter und queerer, postkolonialer und transgener FeministInnen und die Anstrengungen, Feminismus hinsichtlich dieser Aufgaben komplexer zu artikulieren. Denn insofern die Chance, den eigenen Akzent sprechen zu können, ein prekäres politisches Gut ist, das nicht für alle mit identischen Mitteln erreicht werden kann, gilt es, die Frage, wer wie, in welchen Kontexten und zu welchen Bedingungen sprechen kann, stets aufs Neue aufzuwerfen. Das aber bedeutet, dass Feminismus sich heute mehr denn je gefallen lassen muss, in Frage gestellt zu werden. Wenn jede Auf-rufung von Geschlecht eine Rekonstruktion von Geschlecht ist, die in je eigener Weise Möglichkeiten formuliert und ausschließt, muss jede feministische Politik auf genau diese verschwiegenen Möglich-

keiten hin befragt werden – und dies gilt auch für einen sich wie auch immer ›bürgerlich‹ verstehenden Feminismus.

Ein neuer, intersektionaler Feminismus, der sowohl die Erfahrungen als auch die widersprüchlichen Erfolge der zweiten Frauenbewegung zum Ausgang nimmt, kommt vor diesem Hintergrund gar nicht umhin, offen mit den eigenen Ambivalenzen umzugehen und seine Verschiedenheit und Paradoxien nicht nur grundsätzlich anzuerkennen und auszustellen, sondern auch immer wieder neu zu verhandeln. Wenn wir mehr sein wollen als eine Fußnote der Geschichte, wenn es uns nicht genügt, uns in dem Moment zurückzulehnen, wo mehr als unsere eigene Befindlichkeit auf dem Spiel steht, haben wir immer noch viel zu tun.

Noch ist Feminismus insbesondere hierzulande immer noch viel zu sehr in dem befangen, was Ulrick Beck für die Soziologie deren »methodologischen Nationalismus« genannt hat. Wir müssen aber – und können gar nicht anders – Feminismus transnational denken und praktizieren. Es erscheint daher wichtiger denn je, Feminismus von der Überheblichkeit und Borniertheit der Ersten Welt zu lösen und die Ressourcen feministischer Theorie und des feministischen Aktivismus zu nutzen, um zu überdenken, wie dieser im Horizont eines »antiimperialistischen Egalitarismus« (Judith Butler) neu gedacht und gelebt werden kann. Denn die Kernfragen von Feminismus – das Recht auf politische und gesellschaftliche Teilhabe, die Chance ökonomischer Unabhängigkeit, das Recht auf Wissen/Bildung und die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt führen zu können, körperliche, seelische und geistige Unversehrtheit als Bedingungen der Möglichkeit, ein Leben in Freiheit führen zu können, die Möglichkeit der Selbstverständigung über das, was wichtig ist – sind global gesehen so aktuell und ungelöst wie je. Wer das indes altbacken findet, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Dr. Sabine Hark, Berlin, Jg. 1962, stud. Politologie und Soziologie in Mainz und Frankfurt. Seit 1997 Lehre an der Universität Potsdam und an der TU Berlin. Veröffentlichung zum Thema: „Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus.“, 2005.

Laut & Luise

Glosse von Luise F. .Pusch

Mutter Schimanskis Sohn

Götz George wird am 23. Juli 70 Jahre alt. Schon ein Vierteljahr vorher fingen die Medien an, ihren Schimanski zu feiern, von "TTT - Titel Thesen Temperamente" bis Beckmann. Nichts gegen Götz George oder Schimanski, einige der ruppigen Duisburg-Tatorte habe ich gesehen und konnte so die berühmte "Körperlichkeit" der "Naturgewalt" Götz George auch genießen. Ohne Vorführung der blanken Heldenbrust tat George es nicht, das vor allem ist mir in Erinnerung geblieben. "Ob er wohl wieder den Strip hinlegt?" fragten wir uns jeweils zu Anfang - und wurden nie enttäuscht.

Die feministische Relevanz des Themas Götz George drängte sich mir gleich in der ersten Geburtstags-Sendung auf, die ich zufällig mitbekam. Götz Georges Eltern waren die berühmte Schauspielerinnen Berta Drews und der berühmte Schauspieler Heinrich George, auch er gern als "Naturgewalt" charakterisiert. Heinrich George hieß eigentlich mit Nachnamen Schulz, aber George klingt ja viel edler, und so nennt Götz Schulz sich denn auch lieber Götz George, Adel verpflichtet. Er hätte sich allerdings auch Götz Drews nennen können, nach der von ihm scheint's sehr geliebten Mutter und großartigen Schauspielerin. Großartige SchauspielerInnen waren beide Eltern, aber beide waren auch Nazi-Kulturgrößen. Nur auf diesem weniger rühmlichen Gebiet hat sich Heinrich den Vorrang ehrlich verdient.

TTT verlor über die Mutter kein einziges Wort. George war nur "der Sohn des großen Heinrich George". Daß der "bis zum Schluß blind vor den Nazigrößen Harfe gespielt hat (Jürgen Fehling)" (1) - kein Thema, vergeben und vergessen.

In der Beckmann-Talkshow trat auch Götzens einziges Kind auf, Tochter Tanja, als Überraschung eingeflogen aus Australien, sie arbeitet dort für den Film, neuerdings ist sie auch Bildhauerin. Tanja heißt auch George nach dem Vater und Großvater, obwohl die Ehe ihrer Eltern nach zehn

Jahren geschieden wurde und sie bei ihrer Mutter Loni von Friedl aufwuchs, der sie wie aus dem Gesicht geschnitten ist. Götz George sieht sie so wenig ähnlich, daß frau sich fast fragen möchte, wer denn da vielleicht der Kuckucksvater war...

Die SchauspielerInnenfamilie Drews-George-von Friedl kann als Musterbeispiel dafür dienen, daß die mütterliche Abstammungslinie (die biologische *und* die künstlerische) in unserem männlichen Kulturbetrieb keine Rolle spielt, egal wie viel die Mütter für ihr Kind getan haben und egal wie bedeutend sie sind.

Heinrich George starb mit 52 Jahren, da war sein Sohn Götz 8 Jahre alt. Er konnte mithin nicht viel Einfluß auf ihn ausüben, ihm höchstens schauspielerisches Talent und "massive Körperlichkeit" vererben, und das hat er wohl auch getan. Mächtigen Einfluß auf ihr Kind Götz hatte hingegen die Mutter, Berta Drews, die 1987 starb, da war Götz 49! In der Beckmann-Show dankte er ihr auch überzeugend für all die Liebe, mit der die früh und urplötzlich Verwitwete ihre beiden Söhne großgezogen hat. Aber mit keiner Silbe würdigte er die Mutter als die große Schauspielerin, die sie war - und von der er ja wohl mindestens so viel Talent geerbt hat wie von seinem berühmt-berüchtigten Vater.

Gut, frau kann verstehen, daß in unserer patriarchalen Kultur der Sohn sich eher am Vater ausrichtet, vielleicht gerade, weil er früh verstarb. Das führt fast automatisch zur Verklärung. Aber ausgerechnet bei diesem Nazi-Vater?

Nun zur Tochter, Tanja George. Was tut sie? Das TV blendet immer brav ein, sie sei die Tochter von Loni von Friedl und Götz George. Tanja erzählt auch, der Vater habe die Familie verlassen, und man habe sich halt nur noch in den Ferien gesehen. Woraus wir schließen dürfen, daß auch sie bei der Mutter aufwuchs. Auch ihre Mutter, die bereits mit 15 am Burgtheater spielte, ist eine große Schauspielerin, außerdem ist sie wirklich von Adel.

Trotzdem nennt die Tochter sich lieber nach dem Vater und dem Nazi-Großvater, Tanja George, nicht Tanja von Liebentreu oder von Friedl, dem richtigen bzw. dem Künstlerinnennamen der Mutter. Und sie sagt bei Beckmann, ja, in ihrer Filmarbeit zeige sich schon das Erbe des Vaters. Nicht: der Eltern. Ihre Mutter erwähnt sie

kein einziges Mal. Dabei hatten wir doch grade Muttertag!

Zum Schluß dieser betrüblichen, aber keineswegs überraschenden Bilanz ein Zitat aus Bertha Drews Erinnerungen, die ihren Söhnen Jan und Götz gewidmet sind:

"... hatte ich schließlich im Laufe der Jahre eine Reihe von Auszeichnungen erworben, war Ehrenmitglied des Schiller-Theaters und für die vielen treuen Verehrer Heinrich Georges dessen respektable Witwe, die man oft bevorzugt bediente. Das alles wurde in den Schatten gestellt durch das Prädikat 'Mutter von Schimanski'.

Fans, die mich ansprachen, hatten sicher keine Ahnung, daß es eine Schauspielerin gibt, die seit 1930 in Berlin ansässig ist und die Berta Drews heißt!" (2)

Falls Mutter Schimanskis Sohn selber eine Ahnung davon hat, ließ er davon nichts durchblicken. Eisern.

Luise F. Pusch am 01.06.2008

(1) Klee, Ernst. 2007. *Das Kulturlexikon zum Dritten Reich: Wer war was vor und nach 1945*. Frankfurt/M. Fischer. S. 178

(2) Drews, Berta. 1988 [1986]. *Wohin des Wegs? Erinnerungen*. Frankfurt/M., Berlin, Wien. Ullstein TB. S. 294

Netzwerke/Aktionen Resolutionen

Internetradio gegen sexuellen Missbrauch Prävention per Podcast

EU-Projekt: Selbsthilfegruppen und Freie Radios produzieren Sendereihe gegen Missbrauch.

Je mehr Menschen über sexuellen Missbrauch reden, desto leichter fällt es auch Betroffenen, den Bann des Schweigens zu brechen. Das ist die Grundidee des Radioprojekts „Talk about it. Radio gegen sexuellen Missbrauch“

„Leider greifen die Medien das Thema Missbrauch bisher oft nur anhand extremer Einzelfälle auf. Selten nimmt jemand die Perspektive betroffener Mädchen und Frauen ein“, erläutert Irmi Deschler von der Selbsthilfegruppe Wildwasser München die Ausgangssituation des Projekts. – Im Rahmen von „Talk about it“ haben erstmals betroffene Frauen gemeinsam

mit Journalistinnen Radiosendungen zum Thema sexueller Missbrauch entwickelt und umgesetzt. Entstanden sind zwölf halbstündige Sendungen, die einfühlsam auf die Situation betroffener Mädchen und Jungen eingehen und zahlreiche Fragen zum Thema Missbrauch beantworten. Die Themen reichen von Selbsthilfe, Traumarbeit, über die rechtliche Situation, Tipps für PädagogInnen, Missbrauch an Jungen, MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen, bis hin zu Täterstrategien und Prävention in Kindergarten und Schule. Die Sendungen sind leicht verständlich und sowohl für Fachleute als auch für Laien interessant. Als Radiosendungen wurden sie bereits von über 25 Freien Radios im deutschsprachigen Raum ausgestrahlt und stehen für weitere Übernahmen frei zur Verfügung. Unter www.talkaboutit.eu können die Sendungen als Podcasts angehört oder kostenfrei herunter geladen werden.

„Talk about it“ ist ein Kooperationsprojekt von Wildwasser München e.V. und der Salzburger Selbsthilfegruppe „Überlebt“ mit der Radiofabrik – Freier Rundfunk Salzburg und Radio Corax aus Halle. Das Projekt wurde im Rahmen des DAPHNE II Programms gegen Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen mit Mitteln der Europäischen Union gefördert.

Pressekontakt: Wildwasser München e.V.: Irmi Deschler Tel +49 (0)176. 6331 1942, E-Mail: deschler.wildwasser@t-online.de. Radiofabrik Salzburg: Eva Schmidhuber Tel +43 (0)662. 8429 6124 . E-Mail: e.schmidhuber@radiofabrik.at

Petition an den Deutschen

Bundestag:

Verjährungsfrist für sexuellen Missbrauch im Zivilrecht aufheben

Über welche Entscheidung/welche Maßnahme/welchen Sachverhalt wollen Sie sich beschweren?

Die Verjährungsfrist von sexuellen Gewaltverbrechen im Zivilrecht schützt die Täter, denn die Opfer können erst viele Jahrzehnte später über die Verbrechen sprechen. Sie müssen mit einer Verleumdungsklage rechnen, wenn sie nach der Verjährung ihr Schweigen brechen. Der Gesetzgeber macht sich mitschuldig an dem leidvollen Schweigen der Opfer. Er verhindert die Aufarbeitung der Verbre-

chen. Die bisherige Verjährungslogik verstößt gegen die Menschenrechte.

Was möchten Sie mit Ihrer Bitte/ Beschwerde erreichen?

Damit Opfer von sexueller Gewalt nicht länger schweigen müssen, wird die Aufhebung der Verjährungsfrist bei Zivilklagen gefordert. Der bisherige Begriff "sexueller Missbrauch" ist irreführend. Es handelt sich um Gewalt, die schwere psychophysische Beeinträchtigungen nach sich zieht. Darüber muss die Gesellschaft informiert werden. Dass Opfer sich dem Verbrechen und dessen Folgen erst Jahrzehnte später stellen können, werden Fachleute wie Betroffene bestätigen können/müssen. Das gilt es anzuerkennen, sowie die lebenslangen Schäden, die durch sexuelle Gewalt entstehen.

Gegen wen, insbesondere welche Behörde/Institution richtet sich Ihre Beschwerde?

Gegen den Gesetzgeber.

Muss nach Ihrer Vorstellung ein Gesetz/eine Vorschrift geändert/ergänzt werden? Wenn ja, welche(s)?

Die Verjährungsfrist von sexuellen Gewaltverbrechen bei Zivilklagen.

Bitte geben Sie eine kurze Begründung für Ihre Bitte/Beschwerde:

Sexuelle Gewalt ist das Ende der Kindheit und der Beginn lebenslanger Leiden an Körper und Seele. Scham- und Schuldgefühle manifestieren sich durch das gesetzlich verordnete Schweigen. Dadurch wird das Verbrechen in der Gesellschaft tabuisiert. Wenn Opfer dem Leid keine Worte geben dürfen und über den Schmerz nicht frei sprechen können, zerbrechen sie.

www.norbert.denef.com

Kommentar zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zur Beibehaltung des §173 StGB (Inzestparagraph)

von Monika Gerstendörfer, März 2008

Was an den medialen Darstellungen und Kommentaren zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsetzt, war der Fokus auf einen(!) Fall von Beischlaf zwischen Bruder und Schwester, die über Jahre nicht wussten, dass sie Geschwister sind; sowie ein Fall, wo der leibliche Vater mit seiner Tochter in einer Beziehung lebt – auch hier bestand zwischen beiden über

Jahre kein normaler Vater-Tochter Kontakt.

Aus diesen beiden Spezialfällen konstruierte man ein angeblich kritisches Gegengewicht zur allgemeinen Entscheidung des BVG, das sich für die Beibehaltung des §173 StGB entschieden hat.

Das ist ungeheuerlich und hat mit kritischer oder gar umfassender Berichterstattung nichts zu tun. Im Gegenteil. Man hat das wirkliche Problem – insbesondere das der Inzestkinder und der Kinder/ Jugendlichen, die Inzestkinder gebären müssen – nicht angesprochen, sondern auf unverantwortliche Weise sexualisiert. Als Beweis, als Grundlage dafür dienten die beiden o.g. Spezialfälle.

Und wenn man dann noch – wie geschehen – die Homosexualität als „Gegengewicht“ zum Urteil des BVG heranzieht; mit dem Satz „das sei ja auch mal strafbar gewesen“, dann bewegt man sich endgültig auf einer völlig anderen „Baustelle“ und tut im Grunde nichts anderes als das, was Pädokriminelle – die sich selbst gerne als „Andersfühlende“ bezeichnen – durchzusetzen versuchen: Straffreiheit für „Sex“ mit Kindern (und Tieren! siehe Niederlande).

Hilfreich für eine solch krasse Verfehlung der tatsächlichen Problematik ist freilich auch die Sprachführung – wie sie im Strafgesetzbuch nach wie vor üblich ist: „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ – heißt es, obwohl es hier überhaupt nicht um Sexualität geht, sondern um Gewalt.

So titelt denn auch der §173 StGB mit „Beischlaf zwischen Verwandten“. Der Begriff „Beischlaf“ steht u.a. auch im Vergewaltigungsparagrafen (177) und ist generell ungeeignet, um solche Taten auch nur ansatzweise zu umschreiben. Im Gegenteil. Diese Begriffe sexualisieren, führen zu einer Bagatellisierung und in der Folge zu einer Entkriminalisierung.

Genau diese Reihenfolge wäre bei einer anderen Entscheidung des BVG eingehalten worden! Das beweist, wie fatal die Sexualisierung von Straftaten ist.

Absolut fatal ist die mediale Berichterstattung auch deshalb, weil sie verschweigt, dass dem überwältigenden Teil von Inzesttaten ein Verbrechen vorausgeht, nämlich §174, §176 und/oder §177 StGB.

Damit wird verschwiegen, dass es in der überwältigenden Mehrzahl der Fälle um Kinderschutz, um Schutz vor sexualisierter Gewalt, um Schutz vor Seelenmord u.v.m. geht bzw. gehen sollte. Will heißen: Inzest hat in der Regel(!) nichts mit Sexualität zu tun, sondern mit Gewalt. Das wurde hier völlig ausgeblendet. Niemand hat das angesprochen!

Schließlich gipfelt die ganze mediale Berichterstattung in einer völligen Auslassung dessen, was MELINA e.V. seit Jahren beschreibt und dokumentiert: die Perspektive der Opfer!

„Wir begleiten seit mehr als zehn Jahren Inzestkinder, die psychisch und physisch unter Inzestschäden leiden. Wir dokumentieren und kennen ihr Leid, ihren Leidensweg und ihre unmenschlichen Kämpfe um ihre Rechte. Rechte, die für viele "normal geborene, erwünschte" Kinder selbstverständlich sind.

In den meisten Fällen ist der Inzest verjährt, Inzest-Täter und freiwillig Inzest-Treibende sind plötzlich "schuldunzurechnungsfähig", wenn es um ihre Verantwortung geht, aber trotzdem in der Lage, weiter Inzest zu betreiben und weitere Inzestkinder zu zeugen.

Dank DNA-Analyse ist es zwar grundsätzlich "relativ" einfach, die inzestuöse Abstammung nachzuweisen. Aber diese und ihre juristische Verwendung ist durch eine Reihe gesetzlicher Vorschriften reglementiert. Daten- und Täterschutz (in dubio pro reo) haben hier eindeutig Vorrang vor Kinderschutz oder Opferentschädigung.

Zweitens erbringt die DNA-Analyse nicht Antwort auf die Frage, ob die inzestuöse Zeugung freiwillig oder unfreiwillig geschah. Dieses aber entscheidet über die Bewilligung einer Entschädigung, etwa nach dem Opferentschädigungsgesetz. Die ganze Beweislast liegt beim Inzestgeborenen, wenn nicht, etwa durch eine Anzeige des Inzests, ein entsprechendes Strafverfahren voraus ging.

Die Erzeuger sind selten bereit, an dieser Klärung zugunsten ihrer Inzestkinder mitzuwirken, selbst wenn der zu Grunde liegende "freiwillige" Inzest oder das Inzestverbrechen verjährt sind.

Es ist ihnen in den von uns begleiteten Fällen egal, was aus ihren (inzestgeschädigten) Kindern wird. In vielen Fällen wur-

de das "ungeplante Inzestkind" abgetrieben, in der nächsten Babyklappe entsorgt, in einem anderen uns vorliegenden Fall wurde ein Inzestkind, das mit Wasserkopf geboren worden war, im Rhein versenkt, ein anderes behindert Geborenes in einer Mülltonne entsorgt.

Inzest-Sex und "Liebe" scheinen in dieser Welt der sexuellen Selbstbestimmung zweierlei zu sein. Geburtspapiere werden gefälscht, in einem Fall wurde das Inzestkind einem anderen Zufalls-Geschlechtspartner der Inzestmutter fälschlicherweise untergeschoben.

Das wirklich entsetzliche ist, dass es immer erst solcher Fälle bedarf, um die Aufmerksamkeit der Gesellschaft aber nur nebenbei auch auf die daraus geborenen Inzestkinder (mit und ohne Inzestschäden) zu lenken. Deren Befindlichkeit wird in Medien mehr als lästige Folge "abgehandelt", während Leute auf dem "sexuellen Selbstbestimmungs-Trip" (alles was machbar ist, ist erlaubt) über die Folgen ihrer Grenzüberschreitung scheinbar wenig nachdenken.“ (Ulrike M. Dierkes, MELINA e.V. www.melinaev.de)

Und ein letzter Punkt:

Auf der einen Seite haben wir diese Multi-Industrie der Genforschung, wo man ein Gen nach dem anderen isoliert, „defekte“ Gene zu reparieren versucht – all dies unter dem Deckmäntelchen „zum Wohle des Menschen“.

Auf der anderen Seite werden Menschenrechtlerinnen wie Ulrike M. Dierkes – die seit Jahren für die Rechte von Inzestkindern kämpfen, diese bis vor Gericht begleiten, sie beraten und unermüdlich für sie da sind – versteckt und/oder öffentlich bedroht, angegriffen, beleidigt und verleumdet. Sogar im Internet, wo sich angehende Juristenjüngelchen anonym austoben und die Logik auf den Kopf stellen:

MELINA e.V. und Frau Dierkes (die selbst Inzestkind ist) hätten etwas gegen Behinderte! Ja, der Verein sei womöglich verfassungsfeindlich!

Angesichts von so viel Begriffsstutzigkeit und Niedertracht muss man sich über die mediale Berichterstattung, die diese sehr ernste Problematik in vollendeter Erkenntnisresistenz kurzerhand in die Nische von „sex and crime“ geschoben hat, nicht wundern.

Wer hier wagt, laut zu widersprechen, ist entweder prüde oder hat was gegen Behinderte...

Es ist eben so: die Lebensrealität von Opfern sexualisierter Gewalt interessiert in diesem Land niemanden. Nicht wirklich.

LSVD fordert Stellungnahme vom ZDF gegen Bushido

"Wir sind empört darüber, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen dem erklärten Homosexuellenfeind Bushido ein Forum gibt. Der 29-jährige Rapper findet Vergnügen daran, abfällige Bemerkungen über Frauen und Homosexuelle zu machen. Selbst ein Konzert gegen Jugendgewalt am Brandenburger Tor 2007 nutzte er, um seinen Hass und seine Verachtung zu dokumentieren. Mit Äußerungen wie "Berlin wird wieder hart, denn wir verkloppen jede Schwuchtel" macht er sich über Projekte für Respekt und Gewaltlosigkeit lustig. Die Protestierenden bedachte er mit dem ausgestreckten Mittelfinger. Was will Herr Kerner tun, wenn Bushido sich wieder in dieser Weise in Szene setzt? Ob das unter die Rubrik Spießigkeit fällt? Wird hier ein neuerlicher Skandal vielleicht sogar als durchaus willkommen eingeplant? Oder soll hier ein braver Bürger präsentiert werden, der lediglich Deutschlands beliebtestes Schimpfwort „schwul“ so oft wie möglich in die Charts bringt? 2005 hatte der Rapper Bushido in einem Zeitungsinterview gesagt: "Ihr Tunten werdet vergast". In mehreren seiner Stücke ruft er zur Gewalt gegen Schwule auf. Zuletzt bezeichnete er Schwulsein als "nicht normal". Texte und Äußerungen von Bushido waren wiederholt Gegenstand von Anzeigen und staatsanwaltlichen Untersuchungen. Wir erwarten von den Verantwortlichen beim ZDF eine deutliche Stellungnahme gegen die Gewalt verherrlichenden Tendenzen der Bushido-Inszenierungen. Gewalt und Hass sind nicht salonfähig." LSVD Pressestelle, Pressesprecherin Renate H. Rampf, Chausseestr. 29, 10115 Berlin

Presse@lsvd.de www.lsvd.de

Frauensolidarität: Kein Leiberl für China

Round Table mit chinesischen Gewerkschafterinnen präsentierte Forderung nach

fairen Arbeitsbedingungen für Frauen in der Sportbekleidungsindustrie

Wien - "Ein Achtstundentag ist für Frauen in der informellen Wirtschaft im 'globalen Süden' leider oftmals immer noch ein Wunschtraum", so Ulrike Lunacek, Obfrau der Frauensolidarität anlässlich des Internationalen Tages der Arbeit.

Im Vorfeld der Olympischen Spiele in Beijing rückt vor allem die Sportbekleidungsindustrie ins Zentrum der Kritik. Am 5. Mai veranstalteten die Frauensolidarität und die Clean Clothes Kampagne daher einen Round Table mit den chinesischen Gewerkschafterinnen Pui-Lin Sham und Staphany Wong.

In Entwicklungsländern ist ein Großteil aller Tätigkeiten in der informellen Wirtschaft angesiedelt - und zwei Drittel der Beschäftigten sind Frauen. Für sie bedeutet dies u. a. kein Schutz durch das Arbeitsrecht, keine Arbeitsverträge, eine sozial und rechtlich prekäre Lage, keine existenzsichernden Löhne sowie keine regulierten Arbeitszeiten. Die Informalisierung der Arbeit geschieht in der Sportbekleidungsindustrie beispielsweise durch Sub-Sub-Verträge und eine Auslagerung der Arbeit ins Eigenheim.

Stop des Profits auf Kosten der Arbeiterinnen.

"Arbeitsrechte und faire Arbeitsbedingungen müssen auch für Frauen in der informellen Wirtschaft gelten. Es kann nicht länger sein, dass die Sportbekleidungsindustrie ihren Profit auf Kosten der Arbeiterinnen erreicht", stellt Lunacek für die Frauensolidarität in einer Aussendung fest. Der Verein Frauensolidarität setzt sich seit 1982 für die Arbeitsrechte von Frauen aus dem "globalen Süden" ein. Seit 2006 macht sie verstärkt auf die prekäre arbeitsrechtliche Situation von Frauen in der informellen Wirtschaft aufmerksam. (red)

dieStandard v. 2.5.08

Medica-Mondiale-Projekt in Afghanistan bedroht

Die Frauenhilfsorganisation Medica mondiale muß möglicherweise ihre Arbeit in der afghanischen Hauptstadt Kabul einstellen. Wegen der erheblichen Verzögerungen von Hilfszahlungen durch Regierungen und Institutionen ist die Finanzie-

rung gefährdet. Medica Mondiale wirbt mit dem Online-Tagebuch von Projektleiterin Bele Grau aus Kabul auf ihrer Website www.medicamondiale.org um Spenden.

Netzwerk Friedensforscherinnen geht online

Ziel des Frauennetzwerks ist, Informationen über Forschung, Lehre, Stellenangebote und Veranstaltungen, die besonders für Frauen interessant und relevant sind, an seine Mitglieder weiterzuleiten.

<http://wloe.org>

Mehr Gerechtigkeit für Frauen nach der Scheidung

Endlich hat die Bundesregierung die Reform des Versorgungsausgleichs beschlossen. Diese Strukturreform ist überfällig. Es muss eine gerechtere Teilhabe der Eheleute und Lebenspartner an den Anrechten aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge geben. Nach dem bisherigen System des Einmalausgleichs mit seinen Prognoseerfordernissen erhalten die ausgleichsberechtigten Personen bei der Scheidung – in 80 Prozent der Fälle Frauen – nicht den ihnen eigentlich zustehenden Wert. Außerdem können sie dies in der Regel erst bei Renteneintritt geltend machen, was viele scheuen.

Nun gilt es im Bund, das schon unter rot-grüner Regierung begonnene Vorhaben zügig zum Abschluss zu bringen. Dabei werden allerdings Nachjustierungen zu prüfen sein. So geht die Justizministerin allzu leicht über Fälle hinweg, in denen sie wegen geringer Beträge den Ausgleich ausschließen will. Kleinvieh macht auch Mist, Frau Zypries! Selbst bei kurzer Ehe-dauer können Nachteile durch die Rollenverteilung entstehen – zumal viele erst heiraten, wenn Kinder da sind. 25 Euro im Monat sind für Menschen mit niedriger gesetzlicher Rente viel Geld.

Die interne Teilung von Ansprüchen in dem jeweiligen System ist aber der richtige Ansatz. Sie ermöglicht – schon ab der Scheidung – die gerechtere Teilhabe an den Chancen (und Risiken) der Versorgung, die eine wichtige Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung ist. Die Ausnahmen hiervon müssen so eng wie möglich gehalten werden.

Bitter für die von Scheidung betroffenen Landes- und Kommunalbeamtinnen und –

beamten, dass die Verbesserungen wegen der Föderalismusreform für sie noch nicht greifen. Wir fordern die Länder auf, den Reformansatz zu übernehmen.

Pressemitteilung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen www.gruene-bundestag.de

Die Bilanz der Agenda 2010 ist verheerend

Das Erwerbslosen Forum Deutschland zu fünf Jahren Agendapolitik.

Fünf Jahre nach der Agenda-Rede des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) hat das Erwerbslosen Forum Deutschland eine verheerende Bilanz der Reformen gezogen. Martin Behring, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland bezeichnete die Agenda 2010 als schlimmsten Auftakt des Sozialkahltschlags in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Einzig für Finanz- und Großunternehmen sei die Agenda ein kapitaler Erfolg gewesen, indem –trotz Rekordgewinne – massiv Arbeitsplätze abgebaut und Hungerlöhne salonfähig gemacht wurden. Dank der Agenda gebe es heute wieder ein Heer von verarmten Menschen, stetig steigende Kinderarmut, Zweiklassen-Gesellschaft in Bildung und Gesundheit.

„Die Folgen der Agenda 2010 sind dramatisch und zeigen mit Hartz IV und der nicht abnehmenden Zahl der Betroffenen, dass es Sozialdemokraten waren, die dem Raubtierkapitalismus Tür und Tore geöffnet haben. Wer so die Heuschrecken förmlich eingeladen hat, darf sich heute nicht wundern, dass diese sich nicht an die soziale Marktwirtschaft oder den Schutz unserer Umwelt halten. Es liegt in der Natur des Kapitals, dass es weder Gewissen, noch soziale Verantwort hat und hemmungslos die Ressourcen dafür bentutz“, so Martin Behring heute in Bonn. Die Initiative betonte, dass der wirtschaftliche Aufschwung nur auf die reduziert bliebe, die sich vorher schon kaum Gedanken über ihre persönliche Zukunft machen mussten. Sowohl für Erwerbstätige, als auch für das Heer der Erwerbslosen führe der Aufschwung dazu, dass wegen der Preissteigerungen noch weniger im Portmonee übrig bleiben würde. »Hartz IV, ein Teil der Agendapolitik, zeigt nur zu deutlich, wie hemmungslos sich Wirtschaftsunter-

nehmen am Staat bedienen und nahezu resistent gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Verpflichtungen sind«, so Behring.

...Das Erwerbslosen Forum Deutschland setzt sich für eine Abkehr dieser verfehlten Politik ein und fordert in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die Rücknahme der unmenschlichen Repressalien gegenüber Sozialleistungsbezieher, 10 Euro Mindeststundenlohn, repressionsfreie Erhöhung der Sozialleistungen auf 500 Euro zuzüglich Kosten der Unterkunft und die Einführung der 30-Stundenwoche. Ziel müsse die völlige Abkehr der Hartz IV-Ideologie sein. Weitere Infos unter:

<http://www.erwerbslosenforum.de>

Regierung täuscht mit untauglichen Daten zum Armutsbericht

Das wahre Ausmaß der Armut in Deutschland ist weitaus größer und dramatischer als von Minister Scholz angegeben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nutzt eine Datengrundlage, die weder aktuell noch aussagekräftig ist. Mit Zahlen-tricks wird die bedrückende Wirklichkeit verschleiert: Die Armut in Deutschland hat stark zugenommen.

Die vom Arbeitsminister herangezogene Datenbasis des EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions) beruht auf einer unzureichenden Datenbasis und ist nicht vergleichbar mit den Zahlen der letzten beiden Armutsberichte. Würde man die bewährten und umfassenderen Daten des Sozioökonomischen Panels heranziehen, läge die Armutsquote 2006 bei 18,3 Prozent statt bei der von Scholz veröffentlichten 13 Prozent für 2005.

Die Berechnungen der Regierung führen sogar dazu, dass die angegebene Armutsschwelle für Familien noch unterhalb des durch Hartz IV-Leistungen gewährten Existenzminimums liegt! Damit ist der vorliegende Armutsbericht nicht mehr aussagekräftig. Der Bericht verkommt zum beliebigen politischen Instrument zur Beschönigung der Lage und zur Rechtfertigung der fortgesetzten Untätigkeit der Regierung bei der Armutsbekämpfung. Scholz stellt damit auch den 1998 von Rot-Grün aufgestellten Konsens in Frage, die Entwicklung der Einkommen offen zu legen und ein Handlungsinstrumentarium für die Armutsbekämpfung zu schaffen.

Die Bundesregierung fällt in die Zeiten der Kohl-Regierung zurück, die die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich unter den Teppich gekehrt hat.

Trotz der misslungenen Datenaufbereitung zeigt sich allerdings, dass die Einkommen im unteren und mittleren Einkommenssegment dramatisch eingebrochen sind. Dadurch ist der zur Armutsmessung herangezogene Mittelwert der Einkommen gesunken. Durch diesen statistischen Effekt sinkt nach der Berechnung der Bundesregierung die absolute Armutsgrenze von 938 Euro auf 781 Euro für Alleinstehende, obwohl die Preise, insbesondere für Nahrungsmittel und Energie in den letzten Jahren dramatisch gestiegen sind. Dies bedeutet selbst bei Verwendung der Daten der Bundesregierung, dass die Armut in Deutschland realerheblich zugenommen hat.

Pressemitteilung der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
www.gruene-bundestag.de

Themen

Briten planen strengere Maßnahmen gegen Online-Kinderpornografie

Sextäter umgehen Gesetz mit Nachbearbeitung von Fotos

Die britische Regierung will künftig strenger gegen Online-Kinderpornografie vorgehen und dafür einige Gesetzeslücken schließen. Es sollen auch nachbearbeitete bzw. verfälschte Fotos sowie Zeichnungen mit bedenklichen Inhalten strafbar gemacht werden. Wer in Zukunft im Besitz von Zeichnungen ist, die in irgendeiner Form sexuellen Missbrauch von Kindern wiedergeben, muss demnach mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe rechnen. Bisher ist in Großbritannien nur der Besitz von Fotos mit kinderpornografischen Inhalten verboten. Die Verschärfung des Gesetzes wurde von Justizministerin Maria Eagle vorgeschlagen. "Das würde helfen, eine Lücke zu schließen, die unserer Ansicht nach von Pädophilen ausgenutzt wird", so Eagle.

"In Deutschland sind sowohl die Verbreitung virtueller als auch realer kinderpornografischer Darstellungen strafbar. Dane-

ben ist seit 2003 die Verbreitung von Darstellungen, die Kinder oder Jugendliche in unnatürlich geschlechtsbetonter Körperhaltung zeigen, unzulässig", erläutert Thomas Günter, Justiziar der Initiative jugendschutz.net. Dies könne mit Geldbußen in Höhe von bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

"Bei solchen Posendarstellungen handelt es sich um Bilder, die zwar noch nicht kinderpornografisch sind - weil es an der Darstellung eines sexuellen Missbrauchs fehlt. In denen aber trotzdem zum Beispiel Mädchen in aufreizenden, nicht alterstypischen Posen gezeigt werden", ergänzt Günter. Die britische Regierung verweist darauf, dass sich die Fälle häufen, in denen die Sextäter das Gesetz umgehen, indem sie normale Fotos oder Videos auf dem Computer nachbearbeiten und Zeichnungen oder Cartoons daraus machen.

"Wenn wir dieses Thema nicht aufgreifen, wird die Verfügbarkeit dieser Bilder im Internet zunehmen", so eine Sprecherin des britischen Justizministeriums. Häufig würden die verfremdeten Bilder als rechtmäßige Darstellung von sexuellem Kindesmissbrauch beworben.

Obwohl die Gesetze in Deutschland bereits etwas konkreter sind, werden weitere Verbesserungen angedacht.

"Aufgrund einer Umsetzung eines Rahmenbeschlusses des Rates der EU zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie steht eine Neuregelung des Sexualstrafrechts zur Diskussion", sagt Günter auf Nachfrage von presstext. Unter anderem soll nach einem Entwurf der Bundesregierung das Schutzalter von 14 Jahren angehoben werden. Im Bereich der realen Kinderpornografie gehe es immer um einen sexuellen Missbrauch eines Kindes. "Hier gilt es also grundsätzlich, die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen soweit wie möglich zu verhindern, die Täter zu ermitteln und zu bestrafen sowie gerade im Bereich Internet die Verbreitungswege möglichst auszudünnen", so Günter abschließend.

www.presstext.de

Entschädigung für belästigte Lehmädchen

Linz - Ein oberösterreichischer Bäcker soll zwei Lehmädchen begripscht und ihnen

im Keller seines Geschäfts Pornofilme gezeigt haben. Das berichtete die Arbeiterkammer (AK) Oberösterreich in einer Presseaussendung am Freitag. Sie erreichte für die Opfer Kündigungsentschädigung und Schadenersatz.

Zweijähriger Leidensweg.

Der Bäcker soll mehr als zwei Jahre lang einen weiblichen Bäckerlehrling mit anzüglichen Bemerkungen und unerwünschten Berührungen verfolgt haben. Der Chef habe das Mädchen laut AK zudem gezwungen, im Keller des Geschäfts auf einem Laptop Pornofilme anzuschauen. Später musste eine jüngere Kollegin die gleichen Erfahrungen machen. Die Aufforderung, sie doch in Ruhe zu lassen, blieb ungehört.

Bäcker bestreitet Vorwürfe nicht.

Schließlich fassten die beiden Mädchen Mut und wandten sich an die Gleichbehandlungsberatung der Arbeiterkammer Oberösterreich. Der Bäcker bestritt die Vorwürfe nicht. Zu den Filmvorführungen erklärte er, die Mädchen hätten nach Aufklärung verlangt.

Schadenersatz durchgesetzt.

Die AK riet ihnen zum vorzeitigen berechtigten Austritt aus dem Lehrverhältnis. Zusätzlich forderte die Interessenvertretung für die beiden Lehrlinge Schadenersatz. Mit Erfolg: Die jungen Frauen erhielten die volle Kündigungsentschädigung sowie 2.000 bzw. 2.500 Euro Schadenersatz. Die AK hat einen Antrag auf Entzug der Lehrberechtigung und Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeitnehmer gestellt. Ob die Affäre auch strafrechtliche Konsequenzen hat, war vorerst nicht absehbar. Die Mädchen müssten in einem Gerichtsverfahren zu einer Aussage bereit sein. Das haben sie noch nicht entschieden. (APA)

DieStandard v. 21.3.08

Vandana Shiva: „Globalisierung macht lokale Produktion kaputt“

Die indische Physikerin Vandana Shiva im STANDARD-Interview: Hauptgrund für die Krise ist die Zerstörung gewachsener Strukturen durch Großkonzerne

Die Zerstörung gewachsener Strukturen durch Großkonzerne ist für die Physikerin

Vandana Shiva der Hauptgrund für die Krise. Georg Desrues sprach mit der indischen Globalisierungskritikerin.

STANDARD: Manche sagen, die sogenannten Biotreibstoffe und deren Subventionierung wären Auslöser der Nahrungsmittelkrise, andere spekulieren, dass der erhöhte Bedarf an Lebensmitteln in den Schwellenländern verantwortlich sei. Was ist Ihre Meinung dazu?

Shiva: Die zweite Theorie ist absoluter Unsinn. Tatsache ist viel mehr, dass als Folge der Globalisierung der Pro-Kopf-Verbrauch von Nahrungsmitteln in Indien über die letzten fünfzehn Jahre zurückgegangen ist. Der freie Handel wurde 1991 in Indien eingeführt. Damals standen jedem Einwohner im Durchschnitt 177 Kilo Nahrung pro Jahr zur Verfügung. Heute sind es gerade einmal 153 Kilo. In dieser Zeit ist auch der tägliche Durchschnittskonsum von 2200 Kalorien auf 2150 Kalorien gesunken. Wie den Afrikanern und den Südamerikanern steht also auch den Indern immer weniger Nahrung zur Verfügung.

Der Grund dafür ist, dass das System der Globalisierung darauf ausgerichtet ist, lokale Nahrungsmittelproduktionen durch Importe kaputtzumachen. Biodiesel ist also lediglich eine Erklärung für die Krise. Ihre Hauptursache ist allerdings die globalisierte, industrielle Landwirtschaft und die damit verbundene Spekulation.

STANDARD: Was für Indien stimmt, muss aber nicht auf China oder Brasilien zutreffen. Dort hat Präsident Lula erst vor wenigen Tagen verkündet, dass der Westen das Problem auf Biosprit schiebt, sich aber in Wirklichkeit nur nicht daran gewöhnen kann, dass die Menschen in Schwellenländern heute eben täglich zwei Mahlzeiten statt einer essen.

Shiva: Bei allem Respekt für Präsident Lula denke ich nicht, dass er hier recht hat. Brasilianer, die auf Zuckerrohrplantagen für Biotreibstoffe arbeiten, sind ganz sicher nicht besser dran als früher. Und die eingeborenen Stämme, deren Land konfisziert wurde, um das Zuckerrohr anzubauen, schon gar nicht. Es stimmt einfach nicht, dass die Armen in Indien oder China mehr zu essen haben. Was stimmt, ist, dass die Eliten in diesen Ländern reicher geworden sind. Aber die essen des-

wegen doch nicht mehr. Es gibt ein Limit dafür, wie viel man essen kann.

STANDARD: Aber diese Eliten gleichen ihre Essgewohnheiten immer mehr an jene des Westens an. Sie essen auch mehr Fleisch als früher - und die intensive Tierzucht ist doch ein Problem. Shiva: Das betrifft - wie Sie selbst sagen - die Eliten. Natürlich stellt der gesteigerte Fleischkonsum ein Problem dar. Verantwortlich sind aber Firmen wie Cargill, die den chinesischen Markt für ihr industriell erzeugtes Fleisch und Tierfutter zu erschließen trachten. Während normales Fleisch zum Beispiel von Rindern stammt, die im Freien grasen und sich mit Gras und Stroh von Pflanzen ernähren, die wir gar nicht verdauen könnten, besteht industrielles Tierfutter aus Getreide. Damit hat man für den Menschen brauchbare Nahrungsmittel zu Tierfutter zweckentfremdet - und das lange bevor man sie zu Treibstoff degradiert hat.

Industriell erzeugtes Fleisch war und ist eine Zweckentfremdung von Nahrungsmitteln, genauso wie es der Biotreibstoff ist. Es ist der Lebensmittelindustrie ein Anliegen, dass sich die Ernährung der Chinesen verändert. Das garantiert ihr einen größeren Absatzmarkt. Dieses Problem betrifft China allerdings weit mehr als Indien. Indien ist vorwiegend ein vegetarisches Land, und viele der reichsten Handelsleute der Welt sind Jains (Anhänger der indischen Religion des Jainismus, der unter anderem Gewaltlosigkeit gegenüber allen Lebewesen predigt, Anm.). Und es ist ganz egal, wie reich ein Jain ist und wie viele Diamanten er verkauft, Fleisch wird er trotzdem keines essen. (lacht)

STANDARD: Könnte die Krise auch positive Auswirkungen haben, indem sie das Bewusstsein in der Ersten Welt für die Probleme der Dritten Welt schärft?

Shiva: Bewusstsein ist keine automatische Antwort auf irgendetwas. Ich bin zutiefst besorgt, dass die Stimmen, die zurzeit aus der Weltbank, der Welthandelsorganisation und dem Internationalen Währungsfonds kommen, lediglich darauf abzielen, diese von ihnen selbst verursachte Krise dazu benutzen zu wollen, die Kontrolle des Marktes durch die industrielle Landwirtschaft zu verstärken. Für sie bedeutet das noch mehr Abhängigkeit von

Importen und bessere Möglichkeiten zur Promotion von genetisch manipuliertem Saatgut.

STANDARD: Sie erkennen also in den Aussagen des Präsidenten der Weltbank keine positiven Aspekte? Immerhin hat er doch das Problem angesprochen und gefordert, dass etwas getan werden muss.

Shiva: Von Präsident Robert Zoellick habe ich hauptsächlich zwei Aussagen vernommen. Erstens, dass mehr Mittel für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) bereitgestellt gehören. Was nichts anderes bedeutet, als dass das WFP mehr Getreide zu überhöhten Preisen von der Firma Cargill kaufen sollte, um es dann viel billiger an die armen Länder weiterzuverkaufen. Außerdem forderte er noch verstärkte Investitionen in Afrika. Doch das Einzige, über das man derzeit im Zusammenhang mit Afrika spricht, ist die grüne Revolution. Doch die wird die Krise nur noch schlimmer machen. Die grüne Revolution hat das Leben der Bauern noch nie erleichtert, sondern immer nur dazu gedient, die Macht der Agrarindustrie zu stärken. Zoellick hat mit keinem Wort erwähnt, dass die Menschen in der Dritten Welt ein Recht auf Selbstversorgung haben - oder dass sie für das, was sie anbauen, gerecht entlohnt gehören.

STANDARD: Er hat aber gesagt, dass Biosprit ein Problem darstellt, die Subventionen dafür eingestellt gehören und Europäer wie Amerikaner ihre Pläne überdenken sollten.

Shiva: Das stimmt. Das hat er allerdings gesagt. Es scheint hier innerhalb der Eliten des Nordens, aber auch der ganzen Welt ein Riss zu entstehen. Präsident Bush hat das Gesetz zur Beimengung von subventioniertem Biosprit 2006 eingeführt. Kurz darauf zogen die Europäer nach. Jetzt stellt man plötzlich fest, dass diese intensive Verarbeitung von Nahrungsmitteln zu Treibstoff Druck auf die Preise ausübt und die Krise nur noch verstärkt. Das hat nicht nur Zoellick erkannt, sondern auch unser Finanzminister in Indien. Heute erkennen alle das Irrationale an der Idee, Essen in Treibstoff zu verwandeln.

STANDARD: Alle außer eben Präsident Lula ...

Shiva: Ja, klar (lacht). Präsident Lula will sein Ethanol an die USA verkaufen.

STANDARD: Wären Sie als Wissenschaftlerin für die Genforschung, wenn diese nur im Labor stattfände? Was ist mit Forschung nach Biosprit der zweiten Generation, in der nur die nicht essbaren Teile der Pflanze zu Treibstoff verwandelt würden? Kann die Wissenschaft nicht doch Lösungen anbieten?

Shiva: Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen Gentechnologie und Molekularforschung. Ich bin dafür, die Forschung voranzutreiben, um zu verstehen, wie Gene funktionieren. Ich glaube allerdings nicht, dass es eine gute Idee ist, Leben zu konstruieren, als wäre es eine Maschine. Wir haben schon genug Erkenntnis erlangt, um zu wissen, dass es in komplexen Systemen nicht funktioniert. Es wurde tatsächlich bereits versucht, Mikroben genetisch so zu manipulieren, dass sie die nicht essbaren Teile der Pflanzen zu Ethanol verwandeln. Die Mikroben haben aber die ganze Pflanze vernichtet. Diese Experimente mit Biosprit sind sehr riskant, ja gefährlich.

STANDARD: Wo sehen Sie Hoffnung? Was wäre ein Weg aus der Krise?

Shiva: Ich bin überzeugt, dass es nur eine Lösung gibt: Man muss den Menschen erlauben, sich selbst zu ernähren. Dafür darf man keine ungerechten, undemokratischen Handelsbestimmungen erlassen, die funktionierende Marktsysteme zerstören. Und man sollte aufhören, Vorteile für ein globales Wirtschaftssystem zu kreieren, das weder in der Lage noch willens ist, die Menschheit zu ernähren. Was gefördert und geschützt gehört, ist die lokale Nahrungsmittelproduktion. Liberalisierung und Globalisierung funktionieren lediglich für Firmen wie Cargill und Monsanto.

Vandana Shiva (57) ist Nuklearphysikerin, Umweltschützerin, Menschenrechtsaktivistin und Vize-Präsidentin von Slow Food. Sie ist Trägerin des alternativen Nobelpreises und gilt als Leitfigur der Globalisierungskritiker.

*DER STANDARD, Printausgabe,
10./11./12.5.2008*

Brasilien: Papierproduktion oder Essen für Hungernde

Stora Enso verantwortlich für
Gewalt gegen Frauen

Jouko Karvinen ist ein Mann und muss sich kurz vor dem internationalen Frauen-

tag vorwerfen lassen, für die Misshandlung mehrerer dutzend und der Verhaftung mehrerer hundert Frauen in Brasilien verantwortlich zu sein. In Solidarität mit den misshandelten Frauen hat Pro REGENWALD-Vorständin Simone Hörner gegen die Gewaltanwendung protestiert und einen sofortigen Rückzug aus der umstrittenen Region im Staat Rio Grande do Sul im Süden Brasiliens gefordert. Jouko Karvinen ist nicht irgendein Mann. Er ist CEO des schwedisch-finnischen Papiermultis Stora Enso und somit Herr über mehrere tausend Mitarbeiter, über hunderttausende Hektar Wald und Plantagen und er verantwortet einen jährlichen Umsatz von fast 15 Milliarden Euro. Um die Geschäfte weiter voranzubringen, hat Stora Enso kürzlich rund 45.000 Hektar Land gekauft: Es soll mit schnellwachsenden Eukalyptusbäumen bepflanzt werden und so den Nachschub für große Papierfabriken garantieren.

Monokulturplantagen sind nicht nur eine ökologische Belastung ohnesgleichen. Sie sind auch direkte Konkurrenz um Land, welches tausende hungernde Bauern in Brasilien für sich einfordern und auch erhalten sollten, wie die Farmerorganisation 'Via Campesina' hervorhebt. Denn der Verkauf von Land an ausländische Unternehmen ist im Grenzstreifen zu Uruguay gesetzlich verboten.

Um ihrem Anspruch Nachdruck zu verleihen, hatten am 4. März rund 900 Frauen von Via Campesina eine 2.100 Hektar große Farm besetzt. Sie begannen umgehend, die fremdländischen Eukalyptusbäume der frisch angelegten Plantage durch einheimische Baumarten zu ersetzen und das zerstörte Ökosystem wiederherzustellen. Kurz darauf ließ das Unternehmen durch massiven Einsatz der Militärbrigade PM die Frauen entfernen und die eigenen illegalen Aktivitäten schützen. 700 Frauen wurden dabei festgenommen und 60 verletzt. Aus Protest und als Zeichen der Solidarität mit den Frauen blockierten daraufhin Bauernorganisationen acht Landstraßen in dem Bundesstaat und klagten den brasilianischen Staat als Handlanger eines ausländischen Unternehmens an.

"Die Vorstellung, dass künftig Papier aus dieser Konfliktregion nach Deutschland

auf den Markt kommt, ist vollkommen unakzeptabel", sagt Simone Hörner von Pro REGENWALD. "Kein Verbraucher würde Papiertücher kaufen wollen, die unter solchen Umständen produziert wurden. Alle würden Stora Enso mit Hunger und Gewalt gegen Frauen in Verbindung bringen."

In einem Aufruf zu den Protesten heißt es: "Wir, die Frauen der Via Campesina in Rio Grande do Sul, sind in dieser Woche auf der Straße, um unseren Kampf gegen das Agrobusiness und für die Verteidigung der Ernährungssicherheit der brasilianischen Bevölkerung fortzusetzen. Die Ernährungssicherheit ist ein Recht der Bevölkerung, Nahrungsmittel unter Erhalt der Biodiversität und in traditioneller Form in jeder Region zu produzieren".

Weitere Info (in Englisch):

www.viacampesina.org

http://www.proregenwald.de/new_stor.php

Nachrichten

Verena Stefan zu „neuer Frauenbewegung“

Taz: Lange haben junge Frauen den Feminismus als gestrig begraben, jetzt gibt es wieder Forderungen nach "neuem Feminismus". Wie sehen Sie das?
Verena Stefan: Wissen Sie, der Feminismus ist ja schlicht eine Methode des kritischen Denkens. Wenn man sich für die Veränderung der Machtstrukturen interessiert, ist es die einzig vernünftige Methode. Dass man davon wieder mehr haben will, ist doch sehr wünschenswert. Die Frauen werden bombardiert mit einer sehr engen Vorstellung davon, was weiblich ist. So viele von unseren Ideen und allem, was wir ausprobiert haben, werden nicht weitergelebt. Ich glaube, wir haben sie auch nicht intensiv genug weitergegeben, das war eine Schwäche.

Aus einem Interview in der taz (Heide Österreich) am 11.5.08

Ericsson muss Gehälter von Frauen anpassen

Schwedischer Ombudsman für Gleichstellung: Knapp 600 Firmen haben ArbeitnehmerInnen, zu 90 Prozent Frauen, diskriminiert

Stockholm - Der schwedische Telekom-Konzern Ericsson hat die Gehälter von über hundert weiblichen Angestellten auf Druck der Behörden erhöht. Die betroffenen 115 Frauen wurden bisher schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen, die die gleiche Arbeit verrichteten, wie der schwedische Ombudsman für Gleichstellung Magnus Jacobson der Nachrichtenagentur AFP am Donnerstag sagte. "Als wir die Gehälter von Ericsson-Mitarbeitern überprüft haben, stellten wir fest, dass in 54 Prozent der Abteilungen des Konzerns Frauen schlechter bezahlt wurden als männliche Mitarbeiter", sagte er und bestätigte damit Medienberichte.

Ericsson habe diese Ungleichheit sofort korrigieren müssen. Die Gehälter der 115 Ericsson-Mitarbeiterinnen wurden um monatlich zwischen 400 und 4.000 Kronen (bis zu 426 Euro) erhöht. Ein Viertel der 17.000 Ericsson-Mitarbeiter sind weiblich. Ein schwedisches Gesetz aus dem Jahr 2001 verpflichtet Unternehmen, die Gehaltslisten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Prüfung beim Ombudsman vorzulegen.

Jacobson sagte, von den rund 1.200 in diesem Jahr überprüften Firmen habe knapp die Hälfte Gehälter anpassen müssen. Etwa 4.800 ArbeitnehmerInnen hätten so eine Gehaltserhöhung bekommen, darunter auch einige Männer. In 90 Prozent der Fälle seien es jedoch Frauen, die diskriminiert würden. Nach EU-Angaben sind die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in Europa noch immer beträchtlich. Durchschnittlich verdienen Frauen in der Europäischen Union 15 Prozent weniger als Männer. (APA/sda) .

DieStandard v. 12.6.08

Erster Equal Pay-Day in Deutschland

2008 wurde der Equal Pay Day, der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, auf Initiative des BPW Germany erstmals am 15. April in Deutschland durchgeführt. Eine positive Bilanz ziehen die Business and Professional Women (BPW) Germany, Initiatorinnen des Equal Pay Day. Am Aktionstag für Entgeltgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern fanden bundesweit 40 Veranstaltungen statt: von Podiumsdis-

kussionen und Workshops über Stände und Aktionen in den Innenstädten bis hin zu Informationstouren im roten Londonbus. Bei den Aktionen auf den Straßen hätten sich viele Passanten überrascht und empört gezeigt, dass Frauen in Deutschland heute noch 22 Prozent weniger verdienen als Männer. Neben politischen Maßnahmen, wie der Abschaffung des Ehegattensplittings und der Verbesserung der Kinderbetreuung, tritt der BPW Germany für mehr Transparenz in den Unternehmen ein. "Wir regen eine Selbstverpflichtung an, damit die Unternehmen nach schwedischem Vorbild regelmäßig die Gehälter ihrer männlichen und weiblichen Mitarbeiter gegenüberstellen, um mögliche Benachteiligungen aufdecken und gezielt beseitigen zu können", erläuterte Schleicher. Auch an den Gerichten müsse sich etwas bewegen, damit betroffene Frauen eine Chance haben, ihre Benachteiligung über Gutachten nachweisen zu lassen.

www.bpw-germany.de

"Mindestens einer der EU Topjobs an eine Frau!"

Lissy Gröner, die frauenpolitische Expertin der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, hat die Forderung des EU-Kommissars Spidla nach Frauen an der EU-Spitze begrüßt: "Diese Initiative ist längst überfällig! Es gibt eine Reihe von topqualifizierten Frauen, die für diese Positionen geeignet sind. Die EU ist Vorreiter bei der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Dann muss sie auch im eigenen Hause umsetzen, was sie von den EU-Mitgliedstaaten fordert."

In Europa betrage der Managerinnenanteil im Durchschnitt nur 33%. Appelle und freiwillige Vereinbarungen zwischen Wirtschaft und den Regierungen, mehr Führungspositionen mit Frauen zu besetzen, stießen nach Ansicht der der SPD-Europaabgeordneten Lissy Gröner ins Leere: "Ich fordere daher die EU-Kommission auf, einen Richtlinienentwurf nach dem norwegischen Gesetz zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft vorzulegen. Dort verliert ein Unternehmen die Börsennotierung, wenn nicht mindestens 40% der Frauen im Aufsichtsrat vertreten sind."

Scharfe Kritik übte Lissy Gröner an den Forderungen vieler Konservativer im Europäischen Parlament, den internationalen Frauentag abzuschaffen: "Solange es nicht von der Qualifikation, sondern vom Geschlecht abhängt, wer in den Chefsesseln der Führungsetagen Platz nehmen kann, solange brauchen wir auch den Internationalen Frauentag!"

Für weitere Informationen: Büro Lissy Gröner
+32 22845412 und Maria-Catalina Görz de Moratalla GSM + 473 930 060

Österreich: Helpchat hilft Frauen und Mädchen

Der Helpchat für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind und Hilfe suchen wegen Gewalt in der Familie Hilfe suchen, ist ab 5. Mai 08 wieder als Online-Beratungsangebot abrufbar. Jeden Montag von 19:00 bis 22.00 stehen ab Mai abwechselnd zwei Gewaltexpertinnen als Moderatorinnen und Beraterinnen zur Verfügung, die mit professioneller Hilfe und Beratung Betroffenen zur Seite stehen. Der Helpchat bietet außerdem die Möglichkeit, diese Online-Beratungsstelle als Gesprächsforum zu nutzen, Selbsthilfegruppen zu bilden sowie mittels Links Informationen über die Gesetzeslage, Opferschutzeinrichtungen und parteiliche Beratungsstellen einzuholen. Der Helpchat ist eine leicht zugängliche virtuelle Beratungsstelle für Frauen und Mädchen, die in ihrem Lebensumfeld von Gewalt in jeder Form – physisch, psychisch, sexuell – betroffen sind.

Der Helpchat wurde 2000 vom AÖF - Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser ins Leben gerufen und zuletzt gemeinsam mit dem Frauenberatungs- und Bildungszentrum, Frauen für Frauen, Hollabrunn betreut. Mit Jänner 2007 musste der Helpchat seinen Betrieb aus finanziellen Gründen einstellen. Nun kann das Onlineangebot mit Unterstützung durch die Bundesländer Niederösterreich, Kärnten, Oberösterreich und Burgenland und dem BMGFJ wieder für ein Jahr in Betrieb genommen werden, wenn auch nur mit einer dreistündigen Beratungszeit pro Woche. Dabei ist gerade diese Form der Beratung so wichtig: „Seit Jahren belegen Studien wie zum Beispiel die „Österreichische Webanalyse“ die steigenden Zahlen bei den Internet-UserInnen. Das zeigt, dass

die Onlineberatung dem Medienverhalten vor allem von jüngeren Frauen und Mädchen voll entspricht. Hier kann also mit dem Beratungsangebot in Form des Helpchats eine Gruppe von Betroffenen erreicht werden, die lieber chatten als zum Telefonhörer zu greifen oder in die Beratungsstelle zu gehen“, zeigt sich Maria Rösslhuber, Geschäftsführerin des AÖF über die Aktivierung des Angebots erfreut.

www.haltdergewalt.at: Onlineberatung bei häuslicher Gewalt

Gebührenfreiheit für Demonstrationen

Für die bloße Anmeldung einer Demonstration dürfen nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts keine Gebühren erhoben werden. Das Karlsruher Gericht hat einen Gebührenbescheid der Stadt München für eine von der Umweltschutzorganisation Greenpeace angemeldete Kundgebung wegen eines Verstoßes gegen die Versammlungsfreiheit für grundgesetzwidrig erklärt. Gebühren dürften "nicht einschüchternd auf die Ausübung des Grundrechts wirken", heißt es in dem am Montag bekanntgewordenen Beschluss. In dem Fall ging es um eine 1999 angemeldete Kundgebung gegen die "Patentierung von Leben" vor dem Europäischen Patentamt in München. Die Landeshauptstadt machte dem Veranstalter Auflagen - unter anderem, weil die Teilnehmer Tiermasken tragen sollten - und verlangte dafür 40 Mark (rund 20,50 Euro). Dagegen zog die Organisation vor Gericht. (Az: 1 BvR 943/02 - Beschluss vom 25. Oktober 2007) Nach den Worten des Karlsruher Gerichts rechtfertigen Auflagen, die lediglich den reibungslosen Ablauf der Versammlung gewährleisten sollen, keinen Gebührenbescheid. Nur wenn die Behörde Maßnahmen wegen einer - vom Veranstalter verursachten - konkreten Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ergreifen muss, sei die Erhebung von Gebühren zulässig, befand eine Kammer des Ersten Senats.

Nach Einschätzung des Hamburger Anwalts Michael Günther, der Greenpeace vertreten hat, hat die Entscheidung Auswirkungen auf mehrere geplante Landesgesetze zum Versammlungsrecht. Die Stadt München habe den Bescheid vor kurzem aufgehoben.

<http://www.moz.de/index.php/Moz/Article/category/Nachrichten/id/228498>

Knapp die Hälfte aller LeistungsbezieherInnen nicht als arbeitslos registriert

Von den 2007 durchschnittlich 6,348 Millionen BezieherInnen von Arbeitslosengeld I (Alg I) und Arbeitslosengeld II (Alg II) sind laut Bundesregierung 3,135 Millionen (49 Prozent) nicht in der Arbeitslosenstatistik registriert. Dagegen seien insgesamt 3,213 Millionen (51 Prozent) arbeitslos gemeldet gewesen, schreibt die Regierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Außer den LeistungsempfängerInnen habe es noch 686.000 Arbeitslose gegeben, die keine Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen. Von allen Arbeitslosen hätten 82 Prozent Leistungen erhalten. Von den durchschnittlich 1,092 Millionen Alg-I-EmpfängerInnen im Jahr 2007 seien 26 Prozent nicht in der Arbeitslosenstatistik aufgetaucht, schreibt die Regierung. 225.000 der Alg-I-BezieherInnen fielen unter die so genannte 58er-Regel, 25.000 der nicht als arbeitslos geführten Personen hätten an einer Trainingsmaßnahme teilgenommen, 26.000 seien arbeitsunfähig erkrankt und 16.000 seien vermindert leistungsfähig gewesen. Kriterien für die Aufnahme in die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit seien die Arbeitslosmeldung, die Beschäftigungslosigkeit und die Verfügbarkeit. Danach würden etwa Personen, die arbeitsunfähig erkrankt oder dauerhaft erwerbsgemindert sind, nicht als arbeitslos gezählt, "weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen". Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, waren von den im Jahr 2007 durchschnittlich 5,329 Millionen Alg II-EmpfängerInnen 2,473 Millionen (46 Prozent) als arbeitslos registriert und 2,856 Millionen (54 Prozent) nicht als arbeitslos registriert. Eine Zuordnung zu bestimmten Gruppen sei bisher statistisch nur annäherungsweise möglich. Zur Gruppe der erwerbstätigen Hilfebedürftigen ("Aufstocker") mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von mehr als 400 Euro zählten demnach 524.000 Personen. Der Gruppe der "Ein-Euro-Jobber" und TeilnehmerInnen an Qualifizierungsmaßnahmen wurden demnach 418.000 der als nicht ar-

beitslos registrierten Alg-II-BezieherInnen zugeordnet. Ferner seien 484.000 unter-20-jährige und 312.000 über-58-jährige Alg-II-EmpfängerInnen statistisch nicht als arbeitslos geführt worden.

Aachener Friedenspreis für Machsom Watch

Die israelische Frauenorganisation MachsomWatch erhält gemeinsam mit dem Palästinenser und evangelischen Pfarrer der Weihnachtikirche in Bethlehem, Mitri Raheb, den internationalen Aachener Friedenspreis 2008. MachsomWatch ist eine Freiwilligenorganisation israelischer Frauen. Sie wurde 2001 von drei Frauen gegründet, um den Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser an den Kontrollposten der israelischen Armee im besetzten Palästina entgegen zu treten.

Bericht der EU-Kommission zur Gleichstellung

Quantitative Fortschritte sind erreicht worden. Die Qualität muss verbessert werden. Das ist das Ergebnis des Berichts zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2008 der Europäischen Kommission. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist gestiegen. Der Unterschied zwischen den Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern sank im EU-Durchschnitt von 17,1 Prozent (2000) auf 14,4 Prozent (2006). Die Arbeitslosenquote von Frauen erreichte mit 9 Prozent im EU-Durchschnitt den niedrigsten Stand seit Jahren. Große Unterschiede gibt es in der Qualität der Arbeitsplätze von Frauen und Männern. Obwohl beispielsweise 59 Prozent der Universitätsabsolvent/innen Frauen sind, ist ihre Beschäftigungsquote um 14,4 Prozentpunkte niedriger als die der Männer, und sie verdienen durchschnittlich 15 Prozent weniger je Arbeitsstunde. Auch die Zahl der Frauen in Führungspositionen hat sich nicht wesentlich erhöht. Die Kommission sieht zudem weiteren Nachholbedarf in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7560_de.htm

Geschlechterdiskriminierung im Sport

Schriftliche Anfrage von Hiltrud Breyer an die EU-Kommission:

Betrifft: Geschlechterdiskriminierung bei Gehältern und Preisgeldern im Sport.

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts findet auch im Leistungssport statt. Laut Berichten verdienen Profifußballer in der deutschen Bundesliga im Schnitt mehrere Millionen Euro, während Bundesligaspielerinnen in der Regel ein dreistelliges Monatsgehalt nach Hause bringen.

Auch bei den Preisgeldern gibt es keine Gleichstellung: während die deutschen Fußballerinnen für ihren Weltmeisterintitel 2007 pro Spielerin 50.000 Euro bekamen, wurde den Männern für den dritten Platz 2006 das Doppelte pro Person gezahlt.

1. Hat die EU-Kommission Zahlen zum Ausmaß der Geschlechter-Diskriminierung bei Gehältern und Preisgeldern in Europa, auch in anderen Sportarten?

2. Die Kommission hat selbst in ihrem Weißbuch Sport 2007 festgestellt, dass sportliche Aktivitäten dem EU-Recht unterliegen. Ist sie nicht der Ansicht, dass die unterschiedlichen Verdienste von Frauen und Männern im Profisport einen Verstoß gegen Artikel 13 und Artikel 141 EG-Vertrag darstellen? Ist dies nicht ein Verstoß gegen das Prinzip des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit?

3. Ist sie nicht auch der Ansicht, dass Prämien und Preisgelder als Zusatzleistungen unter EU-Anti-Diskriminierungsrecht fallen und deshalb nicht unterschiedlich hoch für Frauen und Männer sein dürfen?

4. Was gedenkt die Kommission gegen diese Diskriminierung zu tun?

„Leise Väter-Revolution“ mit Elterngeld?

Das Bundesfamilienministerium und Frau von der Leyen feiern die Abrufung des Elterngeldes durch Väter in 2007 mit 12 Prozent, 2008 bereits im ersten Halbjahr mit 18 Prozent, als überwältigenden Erfolg für deren Hinwendung zu Kindern. Vor der Einführung des neuen Elterngeldes seien nur 3,5% der Männer in Elternzeit gegangen. Van der Leyen geht daher davon aus, dass immer mehr Väter bewusst Zeit für ihre Kinder nehmen würden. Doch nahmen 2/3 der erwerbstätigen Väter nur die zwei PartnerInnenmonate, die Voraussetzung für die Zahlung des vollen Elterngeldes für 14 Monate sind. Das El-

terngeld beträgt 67 Prozent des Nettoeinkommens, auf das wegen der Betreuung des Kindes verzichtet wird. Die Höchstgrenze liegt bei 1800 Euro, der Mindestsatz bei 300 Euro.

Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zeigen sich auch bei der bezahlten Elternzeit: Mehr als die Hälfte der Frauen erhielt 2007 nur den Mindestbetrag von 300 Euro. Gut verdienende Männer können bis zu 1800 Euro bekommen und legen so leichter mal eine kurze Pause vom Arbeitsplatz ein. Frauen hingegen blieben zu 90% 12 Monate zu Hause.

Dass es sich hier um eine Väter-Revolution handele, ist wohl eher ein Wunschdenken der Politik als Realität.

Primäres Motiv scheint doch offensichtlich die geringe Geldeinbuße für Väter bei kurzzeitiger Elternzeit zu sein. Die Qualität dessen, was in den zwei Monaten geschieht, ist bisher nicht erhoben worden, aber darauf kommt es an: Werden Frauen tatsächlich spürbar entlastet von der Kinderbetreuung? Was tun die Männer in den zwei Partnermonaten? Doch eines scheint die Politik mit der Verlockung des Elterngeldes schon erreicht zu haben: die Geburtenrate steigt in Deutschland, denn das Elterngeld winkt im ersten Lebensjahr des Kindes aber eben nur bis maximal 14 Monate. Doch ein Kind muss danach weiter versorgt werden. Dramen sind vorprogrammiert.

Bushido - Schweizer

PolitikerInnen fordern Zensur

Schweizer Politiker und Jugendschützer fordern eine Zensur von Bushidos Songs. Das Schweizer Fernsehen konfrontierte zu Ostern Politiker mit den Texten des Songs "Drogen, Sex, Gangbang" und erhielt eindeutige Reaktionen. Dass solche Texte Schweizer Jugendlichen frei zugänglich sind, empfindet Hansjörg Ritter, Kommandant der Kantonspolizei AR und anerkannter Schweizer Jugendschützer, als "Schweineerei". In der Schweiz gebe es keinen Jugendschutz im Musikbereich, weil die Politik sehr auf Eigenverantwortung setze.

Auch Nationalrätin Brigitta Gadiant zeigte sich "schockiert und entsetzt", dass "so etwas" in der Schweiz Verbreitung finde. Die Politikerin sieht dringenden Hand-

lungsbedarf: Ein derart "menschenverachtendes Verhalten" stelle Grundrechte in Frage, da stoße auch das Grundrecht der Meinungsfreiheit an seine Grenzen.

Anlass der Diskussion in der Schweiz ist ein Vergewaltigungsprozess. Im Jahr 2005 hatte ein 17-Jähriger mit sechs weiteren Jugendlichen ein 17-jähriges Mädchen vergewaltigt, in der vergangenen Woche wurden drei der Haupttäter zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

In dem Prozess gab der Anwalt der Beschuldigten dem deutschen Rapper eine Mitschuld an den Taten. Die Jugendlichen hätten unter dem Einfluss des Berliners gestanden.

Quelle: [http:// 1und1.de](http://1und1.de)

Armuts-und Reichtumsbericht

Hohes Armutsrisiko für Alleinerziehende (20.05.2008)

zwd Berlin (jvo). Alleinerziehende und deren Kinder sind in Deutschland neben Langzeitarbeitslosen am schlimmsten von Armut betroffen. Das geht aus dem den 3. Armuts- und Reichtumsbericht hervor, den Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 19. Mai vorgestellt hat. Demnach sinkt das Armutsrisiko von Familien mit Kindern von 48 auf 8 Prozent, wenn ein Elternteil Arbeit hat. Es sei also richtig, wenn es den alleinerziehenden Eltern durch den Ausbau der Kinderbetreuung leichter gemacht werde, eine Arbeit aufzunehmen, schlussfolgerte Scholz.

Literatur

"Frauen und Kriege in Afrika"

von Rita Schäfer

Als Simbabwe Vizepräsidentin 2006 die Stadt Masvingo besuchen wollte, ließen Robert Mugabes Leute über 500 Händlerinnen, die das Stadtbild "störten", mit Gewalt vertreiben. "Als Zeichen ihrer Missachtung", schreibt Rita Schäfer, "entblößten sich viele der betroffenen Frauen vor der Polizei, um mit dieser traditionellen symbolreichen Ächtungsform deren Respektlosigkeit zu kritisieren. Denn viele Händlerinnen waren Haushaltsleiterinnen, die durch ihren Kleinhandel Aidswaisen versorgten."

Es wimmelt von solchen Geschichten in

Schäfers neuem Buch, "Frauen und Kriege in Afrika". Manche zeugen von subversiver Gewitztheit der afrikanischen Frauen, viele andere von nackter Gewalt, von der Brutalität europäischer Kolonisatoren und neuer Herrscher und ihrer sexuellen Übergriffe.

Um beim Beispiel Simbabwe zu bleiben: Als "Rhodesien" unterstand es seit 1889 der britischen Krone, wobei sich die weißen Kolonisatoren die fruchtbarsten Gebiete unter den Nagel rissen. 1963 entstand unter Führung von Robert Mugabe die Zanu, deren militärischer Arm ab 1972 einen Guerillakrieg gegen die weiße Minderheitsregierung führte.

Die rhodesische Armee ließ Dörfer bombardieren und Frauen und Mädchen vergewaltigen, "um den Afrikanern den Verlust ihrer männlichen Kontrolle vor Augen zu führen". Ein Teil der Landbevölkerung wurde in "Schutzdörfer" zwangsumgesiedelt, wo Mädchen genötigt wurden, Essen oder Seife gegen Sex zu tauschen.

Viele Frauen kämpften in Guerillagruppen mit, aber den allermeisten blieben Führungspositionen verwehrt, weil sie auf solchen Posten "das männliche Selbstverständnis" bedroht hätten. Etliche Kommandanten umgaben sich nach Darstellung der Ethnologin "mit zehn oder mehr Geliebten, einigen Freundinnen und zwei oder mehreren offiziellen ‚Ehefrauen‘".

Frauen wurden offenbar in jeder Hinsicht als Dienstleisterinnen angesehen, und hier wiederholte sich das Muster "Seife gegen Sex". Ein später gedrehter Spielfilm ("Flame") zeigte die Vergewaltigung einer jungen Guerillera durch den Kommandanten Che und wurde deshalb 1996 wegen angeblicher Pornografie zensiert.

1980 schließlich erlangte Simbabwe die Unabhängigkeit, und Mugabe nahm den Präsidentensessel ein - wo er stur hocken blieb. Die neue Ordnung, die seine Zanu-Partei einführte, war die alte patriarchalische. Viele Exkämpferinnen wurden laut Rita Schäfer von Reintegrationsprogrammen ausgeschlossen. Sie erhielten keine Arbeit, weil ihre Chefs fürchteten, "dass diese Frauen nicht zu kontrollieren seien und andere Arbeiterinnen aufwiegeln würden". Und sie wurden von ihren Männern verlassen, weil ihre Schwiegereltern glaubten, sie "hätten durch den Kampf die Geschlechtergrenzen überschritten und

sie seien keine respektablen Frauen". Auch die Zanu-Frauenliga war hier keine Hilfe, im Gegenteil: Sie rechtfertigte das im Laufe der Jahre immer härter werdende Vorgehen von Mugabes Untergebenen gegen RegimekritikerInnen. Seit 2000, so Schäfer, "sind Frauen und Mädchen zu Zielscheiben vergewaltigender Schlägertrupps geworden".

Die Autorin stellt nicht nur Simbabwe vor, sondern auch Namibia, Südafrika, Angola, Mosambik, Liberia, Sierra Leone, Ruanda, Burundi, Uganda, Kongo, Sudan, Eritrea und Somalia. In jedem einzelnen Länderkapitel skizziert sie Geschichte und Kolonialherrschaft, bewaffnete Konflikte und Geschlechterverhältnisse. Eine ungeheure Fleißarbeit, die sich auch in einer langen Literaturliste für jedes Land niederschlägt. Auf diese Weise ist ein umfassendes Standardwerk entstanden, das die Lektüre hunderter Studien erspart.

Trotz ihrer enormen Unterschiede zeigen sich in all diesen Ländern Ähnlichkeiten: die Kontinuität von sexualisierter Gewalt durch Herrschaftseliten und in den Befreiungsbewegungen; das Ausmaß des Leidens besonders der afrikanischen Frauen und Mädchen; wie auch Männer zu Opfern werden und Frauen zu Tätern, wenn sie sich an diesen schmutzigen patriarchalischen Spielen beteiligen. Die heutige Situation Afrikas ist ohne einen Blick auf all das nicht zu verstehen, denn kein traumatisches Erlebnis zerstört Identität so tiefgehend und nachhaltig wie sexualisierte Gewalt.

Man mag beklagen, dass sich das Buch nicht zur erbaulichen Abendlektüre eignet - aber das liegt am Stoff und nicht an der Autorin, der hoch anzurechnen ist, dass sie sich so intensiv mit diesem verdrängten Thema auseinandersetzt. Man kann auch einige Ungenauigkeiten beklagen. So heißt der Al-Qaida-Chef nicht Osman bin Laden, und Halliburton ist kein Ölkonzern. Das aber mindert nicht den Wert dieses Buchs: Hier hat eine Wissenschaftlerin beispielhaft durchdekliniert, wie stark "schmutzige" Geschlechterkämpfe die Geschichte und Gegenwart eines Kontinents geprägt haben.

Ute Scheub

Rita Schäfer: "Frauen und Kriege in Afrika. Ein Beitrag zur Gender-Forschung". Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt am Main 2008, 520 Seiten.

Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus

Von Sabine Hark.

Dissidente Partizipation verfolgt den Kurs, den der akademisch gewordene Feminismus seit seiner Entstehung in den frühen 1970er Jahren genommen hat. An den Schnittstellen von Wissenschaftssoziologie, Hochschulforschung, wissenssoziologischer Diskursanalyse und feministischer Theorie fragt das Buch ebenso nach dem "feminist turn" in der Wissenschaft wie nach dem "academic turn" im Feminismus. Dabei geht es insbesondere um die widersprüchlich verlaufenden Prozesse der akademischen Verdichtung und Verstetigung von feministischem Wissen und dessen Produktion im Kontext der mächtigen Mikrostrukturen der Normalwissenschaft sowie der gegenwärtigen Transformationen von Universität und Wissenschaft. Angeleitet sind diese Analysen von der These, daß Teilhabe die prekäre Voraussetzung für Veränderung ist. Diese Bedingung der Möglichkeit feministischen wissenschaftlichen Wissens zeitigt eine Reihe von intellektuellen und institutionellen Aporien, an denen sich die Praxis dissidenter Partizipation entscheidet.

Million Dollar Mama

Franziska Kelly, Max Herfert (Hrsg.)

21 Kriminalstorys rund um den Boxsport. 18 Autorinnen und 3 Autoren sind die Sieger/innen einer Ausschreibung für Kurzkrimis rund um den Boxsport. Viele sagten anfangs: „Aber ich versehe doch gar nichts vom Boxen, Franziska!“ Meine Antwort war: „Na und! Ich will doch keine Kampfberichte oder Reportagen, sondern tolle Geschichten. Überlegt mal, was nicht alles außerhalb des Boxrings passieren kann! Immer mehr Mädchen und Frauen boxen in ihrer Freizeit... Warum wohl? Na?“ Dann trudelten nach und nach die ersten Geschichten ein; zuerst nur von Männern, doch die Frauen zogen nach. Und was die sich teils ausgedacht hatten, kurbelte so manches Mal meine Lachtränenproduktion

heftig an. Eine Autorin schrieb mir: „Also ich interessiere mich nicht für Boxen, habe aber mit einer Mischung aus Erstaunen und Entsetzen festgestellt, dass meine Omi ein absoluter Boxfan ist! Also da fiel mir dann schon eine Story ein...“

Genau so wollte ich es haben. Bunt gemischt. Mal witzig und humorvoll, mal ernst oder gruselig. Vielfältig eben – wie der Boxsport (und die Frauen) selbst.

Klappentext:

„Der Boxsport ist in Deutschland salonfähig geworden und hat einen Spitzenplatz auf der Beliebtheitskala der Sportarten erreicht.

Das mag auch an der neuen Vielfalt des Angebots rund um diesen Sport liegen. Gut aussehende Boxer mit Abitur oder gar Dokortiteln; Boxer, die mit perfekter Technik und mit ebenso perfekt austrainiertem Körper Gefechte mit den Fäusten führen und dabei Hochspannung bieten; und schließlich die immer größer werdende Zahl der Boxerinnen, die sogar den Hauptkampf des Abends bestreiten. Am Ring sieht man Prominente aus Film, Spitzensport und Fernsehen. Auch die Frauen hat die Boxleidenschaft gepackt. Manche sitzen begeistert vor dem Fernseher, andere kämpfen im Seilgeviert oder boxen in Vereinen. Das Amateurboxen mit dem Ziel Olympiade ist genauso beliebt wie das rein sportliche Trainingsboxen und der Profisport.

Mit *Million Dollar Mama* führen wir diese Vielfalt in *21 Kriminalstorys rund um den Boxsport* weiter.

Die Autorinnen und Autoren bieten Boxfiebers der besonderen Art: frech oder witzig, spannend oder eher gruselig, dramatisch, erheiternd oder überraschend. Vielfältig wie der Boxsport selbst!

Wer sich nicht so fürs Boxen interessiert, aber gerne Geschichten liest, wird auch auf seine Kosten kommen. Denn: Was nicht alles außerhalb des Rings passieren kann...

Alle 21 Autorinnen und Autoren haben die kriminellen Elemente ihrer Geschichten frei erfunden. Ähnlichkeiten mit real existierenden Personen sind hier rein zufällig und nicht beabsichtigt.“

Romantruhe, Kerpen, Mai 2008.

Termine

Grüner Frauenkongress: Weiter geht's!

Feminismus für die neue Zeit.

Termin: 4.7. 15 Uhr – 5.7.08 15 Uhr

Ort: Berlin, Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Str. 1 / Paul-Löbe-Allee.

Seit 100 Jahren können sich Frauen in Deutschland in den Parteien politisch engagieren, vor 90 Jahren erhielten sie das Wahlrecht. Inzwischen ist die rechtliche Gleichberechtigung erreicht, diskriminierende Gesetze sind abgeschafft. Dafür haben engagierte Frauen lange gekämpft. Jetzt ist es höchste Zeit, auch die faktische Gleichberechtigung durchzusetzen.

Denn in Deutschland gibt es nach wie vor keinen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, kaum familienfreundliche Strukturen in den Unternehmen, zu wenig Frauen in den Führungspositionen von Wirtschaft, Politik oder Wissenschaft und ein Steuer- und Sozialrecht, das eher die Hausfrauenehe fördert als die eigenständige Existenzsicherung von Frauen.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen lädt zum Frauenkongress am 4. und 5. Juli 2008 nach Berlin ein. Wir wollen den Blick nach vorne richten und neue Impulse für die Frauenpolitik geben: Warum kommen Frauen immer noch nicht überall hin, wie ist das zu ändern, und welche BündnispartnerInnen brauchen wir dafür? Brauchen wir einen neuen Feminismus oder einen Feminismus für die neue Zeit? Arbeitswelt, Privatleben, Politik – wo können wir ansetzen, um Rollenbilder zu verändern und eine neue Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu erreichen?

In Podiumsdiskussionen und Workshops wollen wir den aktuellen Stand der Gleichstellung bilanzieren und diskutieren, was jetzt zu tun ist. Der Kongress beginnt am Freitagabend mit einem Generationengespräch, in dem 4 Frauengenerationen über die Bedeutung des Feminismus und die aktuelle Situation für Frauen debattieren. Am Samstag bieten thematische Arbeitsgruppen die Gelegenheit, wichtige Fragen zu vertiefen, grüne Konzepte kennen zu lernen und neue Ideen zu entwickeln.

Reden Sie mit! Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Ausstellung

Anlässlich des 90-jährigen Jubiläums des Frauenwahlrechts in Deutschland wird parallel zum Kongress der deutsche Teil der Ausstellung "Mit Macht zur Wahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa" des Frauenmuseums Bonn gezeigt. Vorgestellt werden wichtige Frauenrechtlerinnen und die Diskussion um das Frauenwahlrecht in Deutschland.

Aus dem Programm:

Frauenpolitischer Stadtspaziergang mit Sema Binia, Berliner Geschichtswerkstatt Renate Künast MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, Bundestagsfraktion

Feminismus gestern – heute – morgen. Ein Generationengespräch, mit: Jenna Kowalski, *Grüne Jugend*, Susanne Klingner, *maedchenmannschaft.net*, Lisa Ortgies, *Chefredakteurin Emma*, Ursula Engelen-Kefer, *Arbeitsmarktexpertin, ehemalige stv. DGB-Vorsitzende*, Barbara Rütting MdL, *Autorin, Alterspräsidentin des Bayerischen Landtags*.

Moderation: Irmgard Schewe-Gerigk MdB, *Parlamentarische Geschäftsführerin Sprecherin für Frauenpolitik*

Frauen auf dem Sprung – Männer unter Druck – Anforderungen an die Politik Prof. Dr. Jutta Allmendinger, *Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin*

Workshops:

Jede für sich allein? Das Spannungsfeld von Individualisierung und Solidarität, mit: Katrin Göring-Eckardt MdB, *Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages*, Eva Quadbeck, *Journalistin, Rheinische Post*
Frauen überall hin – mit einer neuen Unternehmenskultur? Mit: Irmgard Schewe-Gerigk MdB, Prof. Dr. Heide Pfarr, *Hans-Böckler-Stiftung* und Anke Domscheit, *Microsoft Deutschland GmbH*.

Raus aus der Armutsfalle – Teilhabebegehrlichkeit für Frauen am Arbeitsmarkt, mit: Kerstin Andreae MdB, *Sprecherin für Wirtschaftspolitik* und Dr. Claudia Weinkopf, *Institut Arbeit und Qualifikation Duisburg-Essen*.

Einmischen erforderlich! Politisches Engagement von Frauen stärken, mit: Claudia Roth MdB, *Bundvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen*, Dr. Julia Lepperhoff, Uni-

versität Duisburg und Nebahat Güclü
MdB, *GAL-Fraktion Hamburg*.

Zeitpolitik: Chance für einen geschlechtergerechten Lebensverlauf? Mit: Britta Haßelmann MdB, *Sprecherin für Demografie und Altenpolitik* und Sandra Smykalla, *GenderKompetenzZentrum, Berlin*

Kontakt: T. 030/227 52539; F. 030/227 56163

frauenkongress@gruene-bundestag.de

Matriarchate als politische Ordnung – Mythos oder Modell?

Termin: 4.7. bis 6.7.08

Ort: Kochel am See, Georg-von-Vollmer-Akademie Kochel, Schloss Aspenstein, Am Aspensteinbichl 9-11

Veranstalterin: Georg-von-Vollmar-Akademie e.V

Matriarchat: ein umstrittener Begriff. Wir gehen der Frage nach, ob es so etwas in der Geschichte gegeben haben kann, welche Kulturen dafür in Frage kommen, ob sich Spuren davon erhalten haben. Wie könnten alte Matriarchate ausgesehen haben? Wodurch könnte eine Umkehr zu heutigen patriarchalen Verhältnissen passiert sein? Erstaunlich jedenfalls: auch heute gibt es überall auf der Welt noch matriarchal organisierte Gesellschaften. Wir untersuchen, wie sie funktionieren und versuchen herauszufinden, ob wir für unsere Gesellschaft etwas von ihnen lernen können:

Begriff und Erforschung – Catal Hüyük, Kreta und andere alte Kulturen – Umkehrung gesellschaftlicher Verhältnisse und Überleben von Symbolen – matriachale Gesellschaften im 20. Jahrhundert in Asien, Amerika, Afrika und der Südsee .

Kontakt:

Tel.: (08851)780 Fax: (08851) 7823

vollmar-akademie@t-online.de

www.vollmar-akademie.de

Training für Diversity - TrainerInnen

Termin: 14. bis 19. Juli 2008

Ort: Technische Universität Berlin, Berlin-Charlottenburg

Zusammen mit Eine Welt der Vielfalt Berlin e.V. veranstaltet die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ein Training für Diversity-Trainer/innen. Der zentrale Gedanke des Programms basiert auf der Überzeugung, dass Diversity, d.h. Respekt für Differenz und Vielfalt, neue gesell-

schaftliche Perspektiven bietet. Das Diversity-Konzept ist daher in so gut wie allen Bereichen der Gesellschaft einsetzbar. Ziel ist, junge Erwachsene zu Multiplikator/innen in Schule und Berufsbildung zu machen.

Anmeldung und Information: Eine Welt der Vielfalt e.V., info@ewdv-berlin.de

Bundesweites Beginntreffen

das bundesweite Beginntreffen findet in diesem Jahr im Ruhrpott statt, genauer in Dortmund. Vom 29. - 31. August wollen wir uns treffen, sprechen, miteinander austauschen, diskutieren, produktiv streiten, Neues (er)finden und Altes schätzen, singen, tanzen, feiern und vieles mehr.

Tagungsort: Jugendgästehaus Dortmund, Silberstraße 24-26,

Kontakt: Irmtraud Ruder-Schnelle, T: 023 04252934, beginenschwerte@-versanet.de
Katrin Seibt: 02304 242682

„Plötzlich und erwartet“-

Frauen entwickeln eine Sterbekultur

Termin: Vom 17.10. 08, 17 Uhr bis 18.10. 12.30 Uhr

Ort: Bürgerhaus Kleinlinden, Zum Weiher 33, 35398 Gießen-Kleinlinden

Veranstalterin: Fraueninitiative 04

Die Tagung soll bereits bestehende Frauenskultur rund um die Thematik Sterben, Tod und Trauer sichtbar, spürbar, hörbar, riechbar.... machen. Sie soll Anstoß und Gelegenheit geben, sich mit der Thematik auseinander zu setzen und anregen auch andernorts, eine würdevolle Sterbekultur zu entwickeln. Austausch, Vernetzung und die Nutzung von Synergien sind wesentliche Ziele der Tagung.

Aus dem Programm:

„Begleitung tut gut“ – zum Umgang mit Begleit- und sehr besonderen Grabsteinen. Referentin: Eva-Gesine Wegner, Reichenbach im Odenwald, Bildhauerin und Autorin

„Bilder, die bleiben“, Dokumentarfilm von Katharina Gruber und Gisela Tuchtenhagen nach einer Idee von Gesine Meerwein, www.lebenskuenstlerinnen.de

Praxis gelebter Frauenskultur im Umgang mit Sterben, Tod und Trauer, Referentin: Sabine Brönnimann, FährFrauen e.V., Winterthur, CH www.faeherfrauen.ch. Selbstdarstellung bestehender Regional-

gruppen und Arbeitsgruppen in der Fraueninitiative

Clowneskes Theaterstück: Für immer und immer und immer! von und mit der Clownin Aphrodite, alias Ida Hagemann, Bonn, www.aphrodite-clownin.de

Weibliche Traditionen im Umgang mit Sterben und Tod. Referentin: Erni Kutter, München, Sozialpädagogin, Frauenkulturforscherin und Autorin.

Sterben und Tod in der Spiritualität der Frauenbewegung. Referentin: Maria Zemp, Bad Münstereifel, Praxis- und Lehrtätigkeit - Therapie und Heilkunde, Frauen KulturForschung, www.beratung-mariazemp.de.

Anmeldung:

mittelhessen@fraueninitiative04.de

Infos: Fraueninitiative 04 e.V.

Münstereifeler Str. 9-13, 53879 Euskirchen, Tel. 02251 - 625 616, Fax 02251 - 625 629, www.fraueninitiative04.de

Gleichstellungspolitik: Soll & Haben

19. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen
Termin: 17.-19.8.08

Ort: Frankfurt a.M., Uni-Campus Westend
Casinogebäude Grüneburgplatz 1
Info und Anmeldung: T.: 030-41715406,
bag@frauenbeauftragte.de

Macht doch, was IHR wollt!

6. Mädchenkonferenz für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung
Termin: 17. – 19. 10.08

Ort: Hannover, Berufsbildungswerk und Werner-Dicke-Schule im Annastift, Leben und Lernen GmbH, Wülfelerstr. 60.

Anmeldeschluss: 18.7.08 beim Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstr.5-7, 40239 Düsseldorf, Tel.(02 11)6 40 04-16, Fax (02 11)6 40 04-20

Kontakt: heide.adam-blaneck@bvkm.de

„Dissoziation und Geschlecht – eine Überlebensstrategie nach sexuellen Gewalterfahrungen im Geschlechterkontext“

Bundesweiter Kongress
am 14./15.11.2008 in Marburg
lädt Wildwasser Marburg e.V. bundesweit PraktikerInnen und TheoretikerInnen aus verschiedenen Professionen ein, um Zu-

sammenhänge, Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Dissoziation und Geschlecht gemeinsam zu auszutauschen und zu befragen.

Die Traumaforschung ist in steter Bewegung und Weiterentwicklung. Ihre feministischen Perspektiven haben darin die Geschlechterfrage in den Blickpunkt gerückt. Nun wollen wir uns gemeinsam, Frauen und Männer, geschlechtsspezifischen Fragen in Hinblick auf sexuelle Gewalterfahrungen und Dissoziation nähern:

a. Sind Mädchen / Frauen mehr von massiven Dissoziationen betroffen als Jungen / Männer?

b. Wie sind multiple Menschen selbst organisiert bzgl. der Geschlechterrollen? Wie sind hier „Rollen verteilt“? Innere Täter, Beschützer, innere Mädchen?

c. Welche Unterschiede, welche Gemeinsamkeiten zwischen den Geschlechtern gibt es in Hinblick auf Dissoziation als eine Überlebensstrategie von sexueller Gewalt?

d.. Was ist mit unserer Geschlechtsidentität als Professionelle und welche Rolle spielt sie in unserem Kontakt mit den Betroffenen?

e. Welche Bedeutungen haben gesellschaftliche wie individuelle Bilder von Geschlecht für das geschlechtsspezifische Erleben von und Umgang mit Traumata?

f. Indirekte Traumatisierung in der Arbeit mit stark dissoziierenden Klientinnen und Klienten – wie reagieren professionell Helfende – dissoziierend, geschlechtsspezifisch?

g. Wie ist es mit der strikten Unterscheidung und Trennung von Opfern und TäterInnen? Sind Opfer immer nur Opfer, TäterInnen immer nur TäterInnen?

h.. Auf welche Fragen suchen wir welche Antworten, was brauchen wir, um verantwortungsvoll, mit Engagement und Freude Betroffene zu begleiten und zu unterstützen?

Ein umfangreiches Programmheft können Sie bei Wildwasser Marburg e.V. bestellen. Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeiten auch unter:

<http://www.wildwasser-marburg.de/kongress/index.html>

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1991:

54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung. Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. 56/92 Glück in Frauenprojekten? 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, 60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und anti-rassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt. Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im

Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, . 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, . 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion, 109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse, 110/04 Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde, 111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, .113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen. Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris. Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration. Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung, 123/07 Frauen als Retterinnen in der Nazizeit, 124/07 Gewalt in der Lebensgeschichte alter Frauen, 125/08: Sorge- und Umgangsrecht – weitere Verschlechterungen für Frauen und Kinder, 126/08: Grenzen setzen gegen Gewaltstrukturen

Kofra